DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Die Antrittsrede ➔ Seiten 12/13

Bereit zur Mandatsübernahme: Buchautor und Basisdemokrat ***Hermann Ploppa***

Fotos u. Montage: DW

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 63 ab Samstag, 25. September 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 63. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

BLASPHEMISCHER PHARMALOBBYIST JENS SPAHN (CDU):

»HERRGOTT, BLEIBEN WIR BEI DER WAHRHEIT«

Wenn Rechtsstaatlichkeit zu einer leeren Worthülse verkommen ist, wenn Menschen systematisch unterdrückt und entmündigt werden, wenn neu-orwellsche Wahrheitsministerien festlegen, was wahr und was *fake* ist, und wenn das Heiligste unserer Gesellschaft, nämlich unsere Kinder, angegriffen werden, dann ist es Zeit zu handeln.

Wir, Millionen von Menschen weltweit, haben verstanden, dass Demokratie kein Geschenk ist, das vom Himmel fällt, sondern das Recht auf Selbstbestimmung eines jeden Volkes, das immer wieder aufs Neue erkämpft werden muss. Wir haben verstanden, dass wir »Politik machen« keinen Tag länger denen überlassen können, die gewissenlos organisierte Kriminalität in Anzug und Schlips betreiben, sondern selbst in die Hand nehmen müssen.

➔ Titeltext von Ronja Palmer weiterlesen, Seite 11



Neu auf *Psiram:* Popstar Nicki Minaj (r.) spricht Unfruchtbarkeit und Impotenz nach Impfung an! Seite 14



NICHTOHNEUNS.DE

Der mutige Rechtsanwalt

Der Preis der Republik geht an Friedemann Däblitz.

LAUDATIO | Von Samuel Gfrörer



Kennen gelernt habe ich Friedemann Däblitz am 1. Mai auf einer der frühen Berliner Demonstrationen für Demokratie und Grundrechte auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Er ist mittlerweile einer der gefragtesten Rechtsanwälte in der deutschen Demokratiebewegung.

Im März 2020 legte Däblitz Verfassungsbeschwerde gegen die Corona-Politik ein. Durch die Vernetzung mit anderen kritischen Juristen wurde der junge Rechtsanwalt bald zu einem Spezialisten im Verfassungs- und Versammlungsrecht, der sich in unzähligen Nachtschichten für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit einsetzt. Viele rechtswidrig verbotene Demos hätten ohne seine wichtige Arbeit nicht stattgefunden. Als offener und unabhängiger Geist steht er in engem Kontakt zu anderen Juristen und unterstützt viele Aktivisten unserer Bewegung, ohne sich von einzelnen Akteuren oder Organisationen vereinnahmen zu lassen. Auf seinem *Telegram*-Kanal betreibt er Aufklärungsarbeit und zeigt sich als unnachgiebiger Kämpfer für Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Zeichen der Grundrechtsbewegung.

Für seine Integrität, seinen Scharfsinn und seine unermüdliche Arbeit im Dienste der Gerechtigkeit verleihen wir ihm den Preis der Republik. Danke, Friedemann, wir brauchen mehr Anwälte wie Sie!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an den grundgesetztreuen Juristen Friedemann Däblitz. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, echter Polizist aus Siegen, Harrison.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser!

Keine Masken, kein Impfterror, keine "Corona"-Maßnahmen: Dänemark, Schweden, die Niederlande, Polen, Tschechien, Ungarn, Brasilien und 33 US-Bundesstaaten machen es vor.

Im Putschisten-Staat können wir – Stand heute – nicht mehr durch Bundestagswahlen zu Menschenrecht und Grundgesetz zurückkehren – oder gar Basisdemokratie einführen. Dennoch liegt einem Teil dieser Ausgabe ein Informationsblatt der Partei Die Basis bei. – Wir sind und bleiben unabhängig von Staat und Konzernen.

Herzlich achtungsvoll,

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Wahrheit und Maßregelung

EINWURF *von Werner Köhne*

Domburg, Holland in der Frühe – ein paar Tage am Meer: ozeanische Gefühle zusammen mit einer nebelhaften Erinnerung an eine Elfe aus Irgendwo, Irgendwann. Am Strand, Touristen und Einheimische. Maske? – Ja einige wenige tragen sie in Geschäften; aber es beeinträchtigt nicht das Gefühl: Hier leben Menschen und lassen leben. Und dabei tritt an Stelle des Gezerres um Meinungen und Corona-Maßregeln Gelassenheit.

Aufs Meer blickend regen sich Bilder: *Mother Earth* hat sich hier mit dem Ozean vermählt und herausgekommen ist eine in Morgenröte aufscheinende – Wahrheit. »Was ist denn Wahrheit?«, denkt der Strandgänger: etwa das positivistische Gequake der Faktenchecker oder verliert sie sich in unnützen Wahrheitstheorien, die in noch unnützeren Philosophieseminaren diskutiert werden? Oder ist Wahrheit da, wo das Leben sich enthüllt. Aletheia war der altgriechische Terminus für diese erfahrbare Wahrheit, die später Martin Heidegger in seine *Black Forest*-Philosophie einbaute, eine Bewegung mehr als eine starre Korrespondenz von Aussage und Sachverhalt?

Wie aus dem Nichts tauchen plötzlich drei junge Leute am Strand auf. Sie üben den Reigen des Daseins. Nach einem Ballspiel liest das Mädchen den beiden Jungen laut aus Hermann Hesses »Narziss und Goldmund« vor. So was gibt's noch. Gemeinsam summen sie dann auch noch »*Morning has broken*« von Cat Stevens. Auch sowas macht den Weg frei für Wahrheit. Weniger Glück mit seiner Vorliebe für Wahrheit hatte Julian Assange. Der Wikileaks-Gründer, der nun einer Isolationsfolter unterzogen wird, sah in Wahrheit und Freiheit ein Geschwisterpaar. In einer ausgefeilten Strategie der Verschlüsselung bot Wikileaks die Gelegenheit, Dokumente über Kriegsverbrechen offenzulegen. Eine Entbergung von Wahrheit im Zeichen der Freiheit, der auch staatliche Zensur nicht zuvorkommen konnte. So frustriert, richtete man auch zur Abschreckung seine Wut direkt gegen die Person Assange. Das funktioniert immer noch gut. Besonders in Zeiten der uns auferlegten Verbote.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): Schwarzbuch Corona – erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses. Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erscheint bei Sodenkamp & Lenz, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

Pharmapropaganda versus Wissenschaft

Mainstream-Medien rezipieren die Fake-News der Big Pharma. Kritiker werden unterdrückt oder ignoriert. | Von Markus Fiedler

»Gute verständliche Erklärung, weshalb Langzeitschäden bei Impfstoffen so gut wie ausgeschlossen sind. Der mRNA Impfstoff wird sehr schnell abgebaut und geht nicht in das Erbgut. Langzeitschäden gibt es hingegen bei Covid sehr viele. Mehr Aufklärung nötig.« Das schrieb Karl Lauterbach am 17. September 2021 auf *Twitter* und bezog sich dabei auf eine Sendung des *ZDF*.

Nichts an dieser Propagandameldung ist korrekt. Langzeitschäden der Covid-Genmanipulationsimpfungen liegen ebenso wie die Todesfälle schon längst im deutlich fünfstelligen Bereich und damit weit über den Schadensmeldungen, die wir vom Conterganskandal kannten. Von nicht chronischen Impfschäden sind bereits knapp eine Million Menschen betroffen, die insgesamt über 3,5 Millionen Nebenwirkungen gemeldet haben. Zu diesem Thema verweise ich ausdrücklich auf die vorangegangenen Ausgaben des *DW*, die sie unter *demokratischerwiderstand.de* frei herunterladen können und wie immer auf die offizielle Datenbank der europäischen Arzneimittelbehörde EMA, die Herr Lauterbach als selbsternannter Experte anscheinend immer noch nicht zur Kenntnis genommen hat.

Aus einer freigeklagten Pfizer/Biontech-Studie aus Japan wissen wir bereits seit einem Vierteljahr, dass der Impfstoff erstens nicht schnell abgebaut wird und zweitens in den keimzellenbildenden Geweben sowohl von männlichen als auch weiblichen Tieren auftaucht. Außerdem ist ebenso lange bekannt, dass grundlegend mRNA durch die reverse Transkriptase-Aktivität zurück in den Zellkern gelangt und in das Erbgut des Wirtes eingebaut wird. Das findet selbstverständlich auch mit künstlich erzeugter mRNA statt. Das Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie schreibt das auch in dem Artikel »Das unterschätzte Mutationspotential der Retrogene«. Es ist also schlicht fachlicher Unsinn zu behaupten, die Genimpfungs-mRNA würde nicht in das Genom integrieren. Selbstverständlich wird sie integriert, wie auch schon in einer Studie nachgewiesen wurde.

JUNGE MÄNNER TRIFFT ES AM HÄUFIGSTEN

Die Studie mit dem Titel *»mRNA Covid-19 Vaccination and Development of CMR-confirmed Myopericarditis«* von Tahir Kafil und Kollegen untersuchte Daten der Gesundheitsbehörde Ottawa und kam zum Ergebnis, dass bei zehn auf 10.000 Impfungen eine Herzbeutelentzündung (Myopericarditis) durch die Impfungen auftritt. Im Median dauerte es etwa anderthalb Tage bis zum Auftreten der Symptome. Besonders häufig waren junge Männer – 29 von insgesamt 32 Patienten – betroffen. Bei 27 von 32 Patienten traten die Nebenwirkungen erst nach der zweiten Impfung auf. Die Anzahl der jetzigen Impfnebenwirkungen liegt weit über jenen bei klassischen Impfungen. Und auch schon diese waren in Verruf geraten, weil sie eben nicht nebenwirkungsfrei waren.

Gleichzeitig sehen wir, dass die Impfungen inzwischen weitestgehend wirkungslos sind. Das haben unabhängige Fachleute bereits vor einem Jahr vorausgesagt und so ist es jetzt eingetreten. Aber Herr Lauterbach besteht auf der Wirksamkeit der Impfungen. Derweil schnellen die Todesfälle nach der dritten und vierten Genimpfung in Israel in bisher nie gekannte Dimensionen, wie *tkp.at* zu melden weiß.

DIE WAHRHEIT DARF NICHT GESAGT WERDEN

Außerdem berichtet der Elektroingenieur Steve Kirsch bei einer Anhörung der US-Behörde für Lebens- und Arneimittel davon, das Biontech/Pfizer in den klinischen Studien zur Wirksamkeit des Covid-Gen-Impfstoffes betrogen haben soll. Eine sehr weitreichende Anschuldigung, die, falls sie zutrifft, bedeuten würde, dass die Firma sich die Zulassung des Präparats erschlichen hätte.



Eine überzeugte Demonstrantin mit einem Statement auf dem Schirm. Foto: H. Henkelmann

Jens Spahn verkündet derweil auf den Seiten des Gesundheitsministeriums »Wir impfen Deutschland zurück in die Freiheit.« Diesen Satz aufzugreifen und auf eine verblüffende Ähnlichkeit mit einem historischen Zitat hinzuweisen, welches man über dem Eingang eines Vernichtungslagers lesen konnte, das darf man nicht. Dann wird man nämlich verurteilt. Und zwar wegen Volksverhetzung nach §130 StGB. Dass Angestellte des Robert-Koch-Instituts während dem NS-Regime an KZ-Häftlingen tödliche Versuche mit Impfstoffen durchgeführt haben, darf man demnächst wahrscheinlich auch nicht mehr erwähnen. Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

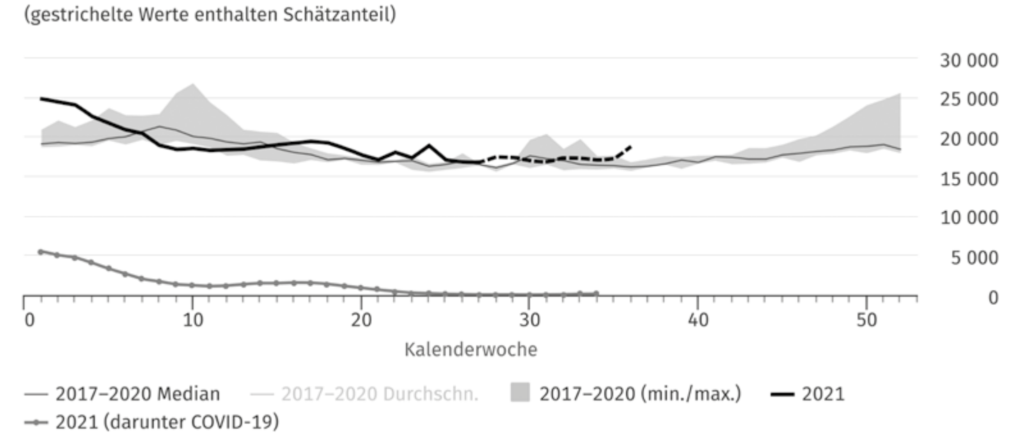
MELDUNG

ÄRZTECHEF FORDERT »FREEDOM DAY«

Berlin/DW. Der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) Andreas Gassen sorgte unlängst für Schlagzeilen. Er forderte die Aufhebung aller Corona-Beschränkungen zum 30. Oktober 2021. Vorbild könnte Großbritannien sein, wo bereits Mitte Juli die Corona-Maßnahmen weitestgehend eingestellt wurden. Dort sei das Gesundheitssystem nicht kollabiert, sagte Gassen und sprach sich für die Eigenverantwortlichkeit bei der Impfentscheidung statt Staatszwang aus. »Es ist nicht Aufgabe des Staates, jeden davor zu schützen, wenn längst ausreichend Impfstoff da ist«, so Gassen. Kanzleramtschef Helge Braun schmetterte die Forderung ab. Laut ihm sei die Gefahr einer weiteren Infektionswelle zu groß. Die Impfquote müsse noch in die Höhe getrieben werden. (rop)

ZWISCHENSTAND: »LYMPHOZYTEN LAUFEN AMOK«

Reutlingen/DW. In einer Pressekonferenz am 21. September 2021 präsentierten die Pathologen Professor Arne Burkhardt und Professor Walter Lang die Ergebnisse von Obduktionen von zehn Menschen, die kurz nach der Corona-Impfung verstorben waren. Bei fünf dieser Fälle sei ein Zusammenhang mit den Impfungen sehr wahrscheinlich, bei zwei wahrscheinlich. Gemein sei diesen Fällen eine außerordentliche Anhäufung von Lymphozyten (Untergruppe der weißen Blutkörperchen). Bei drei Fällen fanden sie sonst seltene Autoimmunekrankheiten. Obwohl weder Auswahl der untersuchten Toten, noch deren Anzahl repräsentativ waren und finale Untersuchungen zum Lymphozyten-Typ nach Angaben der Pathologen noch ausstehen, entschlossen sich die Wissenschaftler an die Öffentlichkeit zu gehen, um ihre Erkenntnisse zu den Krankheitsbildern der Fachwelt zur Verfügung zu stellen. Die eigentlich zuständigen Stellen des Paul-Ehrlich-Instituts machten diese Arbeit nicht. (hes)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Hygienischer Wahlurnengang

Am 26. September 2021 öffnen die Wahllokale von 8 bis 18 Uhr. Werden Ungeimpfte und gesunde Menschen überhaupt noch ins Wahllokal hineingelassen? Ein DW-Telefongespräch mit dem Bezirkswahlamt in Berlin und eine juristische Einschätzung. | Von Jill Sandjaja

Ein Anruf beim Bezirkswahlamt. Die Frau klingt normal bis gelangweilt. Ich habe Fragen.

DW: Welche Infektionsschutzmaßnahmen gelten in den Wahllokalen?
Bezirkswahlamt: Sie müssen eine medizinische Maske tragen. Dann wird darum gebeten, dass Sie ihren eigenen Kugelschreiber mitbringen, wenn Sie den nicht mitbringen, ist das nicht schlimm. Es gibt auch geeignete Stifte vor Ort.

Gilt die 3G oder 2G-Regel?
Sie brauchen keinen Test und keinen Impfnachweis. Sie brauchen tatsächlich nur eine Maske und dann gelten die ganz normalen Abstandsregeln, die werden ja überall eingehalten. Öffentliche Gebäude dürfen Sie ja auch nur mit Maske betreten.

Wenn man keine Mund-Nasenbedeckung tragen darf und dafür auch einen Attest hat, darf man das Wahllokal dann trotzdem betreten?
Ich weiß nicht, ob Sie ohne Maske reinkommen. Das müssen die Wahlhelfer vor Ort entscheiden.

Wie entscheiden die Wahlhelfer das? Ist das nach eigenem Gutdünken? Muss man überhaupt das Attest vorzeigen?
Wie machen Sie es denn beim Einkaufen?

Ich gehe gar nicht mehr einkaufen.
In den Wahllokalen gilt das Hausrecht. Das heißt, die einzige Möglichkeit, dem Risiko aus dem Weg zu gehen, wird die Briefwahl sein.

Sie empfehlen also denen, die ohne Maske wählen möchten, die Briefwahl?
Ja, weil es Ihnen tatsächlich passieren kann, dass das Wahllokal sich weigert, Sie ohne Maske reinzulassen.

Das steht auch in deren Ermächtigung? Ist es nicht vom Grundgesetz geschützt, dass jeder frei wählen darf?
Ich werde doch jetzt mit Ihnen keine Grundsatzdiskussion führen! Es ist vorgegeben, eine Maske zu tragen. Das ist genauso, als ob Sie einkaufen gehen oder andere öffentliche Gebäude betreten, wo eine Maskenpflicht herrscht. Dort haben Sie genau das Gleiche: Dort gehen Sie mit der Maske rein oder Sie müssen durch Vorlage eines Attestes nachweisen, dass Sie von der Maskenpflicht befreit sind. Und dann ist es immer noch das Hausrecht des Eigentümers, ober er Sie damit reinlässt oder nicht. Genauso ist es überall.

Verstehe. Danke für das Gespräch.

WAHLAMT WIRFT WEITERE FRAGEN AUF

Darf die Ausübung des Stimmrechts an infektionsschutzrechtliche Maßnahmen, wie an das Tragen einer Maske, geknüpft werden? Die Frage stellte sich auch der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Franz Joseph Lindner.

In seinem Verfassungsblog schreibt er: »Rechtlich noch problematischer aber wird es, wenn sich ein Wahlberechtigter weigert, im Wahllokal eine Maske zu tragen. Darf ihn dann der Wahlvorstand von der Teilnahme an der Urnenwahl ausschließen und ihn auf die Briefwahl verweisen?

Diese Frage wird man derzeit verneinen müssen. Zwar hat der Wahlvorstand nach § 55 BWO für Ruhe und Ordnung im Wahllokal zu sorgen. Dazu kann er aber Personen nicht ohne Weiteres von der Stimmabgabe ausschließen. Vielmehr regelt § 56 Abs. 6 BWO detailgenau und abschließend, in welchen Fällen der Wahlvorstand einen Wähler ›zurückzuweisen‹ hat. Das Nichttragen einer Maske lässt sich unter keiner der Nummern des § 56 Abs. 6 BWO subsumieren. Die Zurückweisung eines Wählers wegen Nichttragens einer Maske wäre daher rechtswidrig. Daher drohen am 26. September 2021 massenweise Fehler im Wahlverfahren und sich daran anknüpfende Einsprüche nach dem Wahlprüfungsgesetz.«

Auch Rechtsanwalt Friedemann Däblitz sieht die Rechtslage für Maskenbefreite günstig. Er sagt: »Zurückweisungen sollten dokumentiert werden und in diesen Fällen Einspruch gegen die Wahl erhoben werden. Möglicherweise haben wir dann bald nach der Bundestagswahl Neuwahlen«.



Collage: Sandjaja mit gemeinfreiem Material

MELDUNG

DIE ERDE IST RUND UND SOMIT ENDLICH

Washington/DW. Der US-Präsident Joseph Robinette Biden bekräftigte am 23. September 2021 die Absicht, binnen eines Jahres 70 Prozent der Menschheit mit den Corona-Stoffen spritzen zu wollen. Damit erneuerte er den geleisteten Schwur, den sogenannten Pakt von Rom der G20-Minister vom Beginn des Monats. Er drohte laut *Tageschau* den Staatschefs der anderen Staaten, deren Bevölkerung teils noch fast gar nicht geimpft wurde, mit der Aussage: »Wir werden diese Krise nicht mit halbgaren Maßnahmen oder verhaltenen Ambitionen lösen.« Damit machte er deutlich, dass die Worte Angela Merkels »Die Pandemie ist erst besiegt, wenn alle Menschen auf der Welt geimpft sind« vom G7-Gipfel im Februar 2021 verbindlich für alle Staaten der Welt zu gelten habe. (hes)

ANGEBLICH TANKWART ERSCHOSSEN

Idar-Oberstein/DW. Laut Medien soll am Samstagabend, den 18. September, ein Tankwart in Rheinland-Pfalz durch einen Maskengegner erschossen worden sein. Der Vorgang harrt einer eingehenden Überprüfung durch unabhängige Stellen. (ale/rop)

Spahns Neusprech in Orwell-Manier

Weekly Wahnsinn – der satirische Wochenrückblick. | Von Nadine Strotmann

Wir konnten vergangene Woche wieder Zeugen unglaublicher gesellschaftlicher Entwicklungen werden. Oder besser gesagt: eines unglaublichen Verfalls einer ehemaligen Hochkultur. Wie sonst kann es möglich sein, dass ein Jens Spahn, seines Zeichens noch immer Bundesgesundheitsminister, dabei eigentlich Pharmalobbyist und verhinderter Bankkaufmann, ohne medialen Empörungsschrei neue Maßnahmen zur Diskriminierung von Ungeimpften auftischt? Sein neuester *Coup*: Ungeimpfte sollen künftig im Fall von Quarantäne keine Lohnfortzahlung mehr erhalten.

Seine Legitimation für diese Art der Diskriminierung liest sich wie eine Abhandlung aus dem Orwellschen Roman 1984. Im Interview sagte Spahn, dass es bei dieser Maßnahme nicht um erhöhten Impf-Druck gehe, sondern um *Fairness* gegenüber den Geimpften. Und dass diese natürlich nicht dafür zahlen sollten, wenn sich andere nicht impfen ließen. So ein Spahnsinn! Wir haben laut gelacht! Denn natürlich basierte bis zur ausgerufenen Pandemie des Wahnsinns unser Gesundheitssystem auf Solidarität. Wir finanzieren auch weiterhin die Erkrankungen von Rauchern, Übergewichtigen und Sportmuffeln. Was für ein Schelm, der Spahn! Nein, was für ein Demagoge! Sein Neusprech möchte uns bereits die Freiheit des Denkens nehmen. Seine politische Umgestaltung der Sprache soll unser Hirn verklären, unsere Synapsen verkleben. Und sie soll vor allem eins: uns weiter spalten. Aber Obacht, Herr Spahn. Hier sind die, die genau zuhören. Wir schreiben mit, denn der Tag der Wahrheit wird kommen.

DEUTSCHLAND – NEU SCHLUMMERLAND

Und wie sich Wahrheit, wenn auch noch leise, ihren Weg bahnt, zeigt die Arbeit dreier Mediziner, die kürzlich auf der Internetseite *www.pathologie-konferenz.de* ihre Ergebnisse zur Obduktion von Impftoten der Öffentlichkeit präsentierten. Während Spahn und Konsorten täglich hemmungslos und laut über sämtliche Kanäle zur Freiheits-Impfung aufrufen, dokumentieren die Mediziner massive Nebenwirkungen der neuen Impfstoffe und eine Vielzahl an Todesfällen bei Geimpften.

Passend dazu konnten wir in den internationalen Medien lesen, dass die amerikanische Food and Drug Administration (FDA, zu Deutsch US-Arzneimittelbehörde) eine weitere Zulassung für eine Auffrischungsimpfung mit dem BioNtech-Pfizer Impfstoff mehrheitlich ablehnte. Einer der führenden US-Forscher Steve Kirsch sagte dazu in Presseberichten, dass der Impfstoff mehr Menschen töte als er rette. *Boom!* Was für Neuigkeiten! Das müsste einen Aufschrei geben! Das müsste die großen Gazetten füllen! Zumindest dann, wenn sich jemand von den verantwortlichen Politikern wirklich für unsere Gesundheit interessierte. Doch was passiert derweil in Deutschland, in Neu Schlummerland?

Hier werden die Gründer von BioNtech – also eben jene, welche die Verantwortung für den meist verabreichten Impfstoff tragen, zur gleichen Zeit mit einem bekannten Chemie-Preis ausgezeichnet. – Jens Spahn bei einem Wahlkampfauftritt in dieser Woche: »Herrgott, bleiben wir bei der Wahrheit!« Wir lassen an dieser Stelle einfach Hamlet sprechen: »Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode.«



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

BESUCH BEI BOLSONARO

Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro stellt sich unseren Fragen und nimmt Stellung zu den Vorwürfen der Mainstream-Medien. | Von Markus Haintz und Vicky Richter

A*udiatur et altera pars* – höre auch die andere Seite an. Am 10. September hatten wir, Markus Haintz und Vicky Richter, die Gelegenheit, den brasilianischen Präsidenten zu interviewen. Jair Bolsonaro wird von der *Mainstream*-Presse sowohl in Brasilien als auch international heftig attackiert und mit einer Vielzahl von negativen Attributen belegt (siehe Infobox unten). Grund genug für uns, ihn selbst zu den Angriffen auf seine Person und zur Lage in Brasilien zu befragen.



Rechtsanwalt Markus Haintz im Interview mit Präsident Jair Bolsonaro nach den großen Demonstrationen am 7. September 2021 in Rio de Janeiro. Foto: Videostill t.me/Haintz

Am 7. September 2021 gingen in Brasilien Millionen Menschen auf die Straße, um für die Freiheit und für ihren Präsidenten zu demonstrieren. Es waren die mit Abstand größten Demonstrationen, die Südamerika je gesehen hat. Sie waren friedlich und doch zugleich eine Machtdemonstration einer Bevölkerung, die in großen Teilen hinter ihrem Präsidenten steht. Die Menschen waren gekommen um zu bleiben, bis die Richter des Staatsgerichtshofs (STF) aus ihren Ämter enthoben würden.

Doch es kam anders: Die LKW-Fahrer, die über das ganze Land verteilt die Arbeit niederlegten und stattdessen die Infrastruktur blockierten, reisten am 9. September ab, nachdem der Präsident eine Vereinbarung mit dem STF getroffen hatte. Viele Demonstranten zeigten sich zunächst enttäuscht, folgten dann aber dem Aufruf des Präsidenten, die Wirtschaft des Landes nicht zu zerstören – denn das hätte letztlich vor allem dem ärmeren Teil der Bevölkerung geschadet. Doch hat es den Anschein, dass der Protest das Gericht beeindruckt hat. Ein zuvor verhafteter Journalist wurde vom Staatsgerichtshof wieder freigelassen.

BOLSONARO: DIE RECHTSSTAATLICHKEIT MUSS GEWAHRT BLEIBEN

Er wolle die Beziehungen zwischen Exekutive und Judikative verbessern, hob Bolsonaro in unserem Gespräch hervor. Man müsse stets innerhalb der Grenzen der Verfassung agieren, denn in dem Moment, wo man diesen Rahmen verlasse, begebe man sich in den Bereich der Diktatur. Das gelte natürlich auch für die Armee. Die Demokratie in Brasilien funktioniere, sagte der Präsident, das hätten auch die großen landesweiten Demonstration gezeigt. Der Kampf mit den Medien sei zwar eine verlorene Schlacht, die Bilder der Demonstrationen sprächen aber eine eigene Sprache.

Bolsonaro hob auch den Wert der Familie als Basis einer jeden Gesellschaft hervor. Die traditionellen Werte würden von den Linken in Brasilien angegriffen. Er sei froh, dass Brasilien in Zeiten der Pandemie keinen linken Präsidenten hatte, da es Brasilien sonst ähnlich ergangen wäre wie Argentinien, wo zahlreiche strenge *Lockdowns* ausgerufen wurden. Statt *Lockdowns* setzte Brasilien auf die frühzeitige Behandlung von Covid-19 mit Hydroxychloroquin und Ivermectin und hatte damit großen Erfolg.

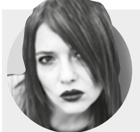
DER STAATSMANN GIBT EIN STATEMENT ZUR UMWELTPOLITIK

Bolsonaro äußerte sich im Interview auch zur Situation im brasilianischen Amazonasgebiet. Seiner Meinung nach werden die Waldbrände politisch instrumentalisiert, denn während sich in Kalifornien niemand dafür interessiere, wenn es brenne, werde Brasilien regelrecht politisch angegriffen. Dabei käme es vor allem in den Randgebieten, wo Viehzucht betrieben würde, zu Bränden, aber nicht im feuchten Regenwald.

Die Natur in Brasilien sei immer noch intakt, über 60 Prozent des Landes seien nach wie vor unberührt. Provokant stellte er die Gegenfrage, warum nicht Europa, das nur noch einen Bruchteil seiner ursprünglichen Waldfläche besitzt, erheblich aufforsten würde. Der Tourismusminister Gilson Machado Neto teilte uns einige Tage später mit, dass ein Großteil der medialen Angriffe gegen Bolsonaro dazu diene, die Wirtschaft Brasiliens zu schwächen, da diese gerade im Bereich der Landwirtschaft extrem effizient sei. Auf nur sieben Prozent der Landesfläche erzeuge Brasilien 20 Prozent aller Nahrungsmittel der Erde. Der Erhalt des Regenwaldes sei ein extrem wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Zukunft. Entgegen der medialen Darstellung seien sich er und Bolsonaro einig, die Natur Brasiliens in jedem Falle schützen zu wollen.

BOLSONAROS EINSCHÄTZUNGEN ZUR INNEN- UND AUSSENPOLITIK

Letztlich sprachen wir noch über die Präsidentschaftswahl im kommenden Frühjahr. Bolsonaro setzt sich dafür ein, das elektronische Wahlsystem überprüfbar zu machen. Dies soll mit einem Papierausdruck des Abstimmungsergebnisses gewährleistet werden. Angesichts einer *Hacker*-Attacke vor der letzten Präsidentschaftswahl, sei dies dringend notwendig, damit die Integrität der Wahl gewährleistet werden könne. Der oberste Gerichtshof sieht dafür im Gegensatz keine Notwendigkeit. Auf die Situation in Afghanistan angesprochen, teilte er mit, dass er große Bedenken für die Zukunft habe. Er fürchte eine neue Welle des globalen Terrorismus, da die Taliban nunmehr über moderne amerikanische Militärausstattung verfüge. Zum Abschluss des Gesprächs zitierte Bolsonaro Benjamin Franklins berühmten Satz: »Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren« und fügte an: »Jeder Mensch muss für sich selbst entscheiden können, ohne staatlichen Zwang.«



Vicky Richter war achteinhalb Jahre Bundeswehrsoldatin. Die heutige Journalistin wurde u. a. im Kosovo und in der Nato-Afghanistan-PR eingesetzt.

INFOBOX: JAIR BOLSONARO

Seit dem 1. Januar 2019 ist Jair Messias Bolsonaro Präsident der Föderativen Republik Brasiliens, die knapp 212 Millionen Einwohner zählt und somit nach Bevölkerungszahl den sechstgrößten Staat der Welt bildet. Bolsonaro wird in der transatlantischen Medienlandschaft als autoritärer Rechtspopulist eingeordnet und teilweise heftig für seine Politik kritisiert. Ihm werden frauenfeindliche, homophobe und rassistische Ansichten vorgeworfen. Hauptkritikpunkte seiner Gegner sind Bolsonaros Umweltpolitik, wonach durch Brandrodung und Abholzung große Flächen des brasilianischen Regenwaldes vernichtet würden, und sein abweichender Kurs während der ausgerufenen Pandemie. Er lehnt unter anderem flächendeckende *Lockdowns* ab und stellt sich offen gegen die Impf-Agenda der Weltgesundheitsorganisation, was ihm Sympathien innerhalb der weltweiten Demokratiebewegungen entgegenbrachte. (ber)



2.000 EURO STRAFE FÜR »VERMUMMTEN« DEMOKRATEN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Meine Kollegin Raphaela Dichtl verlor letzten Dienstag ihre letzte Hoffnung auf gerechte Entscheidungen vor deutschen Amtsgerichten in Sachen »Corona«. Vor dem Amtsgericht München wurde unserem Mandanten vorgeworfen, gegen das Vermummungsverbot verstoßen zu haben, weil er auf einer Versammlung in München eine Mütze, eine Mund-Nasen-Bedekkung sowie eine Fliegerbrille trug.

Zu »normalen« Zeiten konnte man sich sicher sein, dass dieser Fall nur mit einem Freispruch enden konnte. Es kam anders und unser Mandant wurde verurteilt. Aus rechtlicher Sicht muss für den objektiven Tatbestand des Vermummungsverbots zunächst eine Vermummung im Sinne der Norm vorliegen.

Dies kann heutzutage nicht allein aufgrund des Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung zu bejahen sein, wenngleich das noch vor zwei Jahren der Fall gewesen wäre. Diese Art der Vermummung wird ja gerade von den Versammlungsbehörden vorgeschrieben und mit dem Infektionsschutz begründet.

Auch eine Mütze – es war Winter – kann wohl kaum eine strafbare Vermummung darstellen. Strittig war daher im objektiven Tatbestand die Fliegerbrille. Allerdings ist auch diese Frage bereits höchstrichterlich entschieden. Sogar der Bundesgerichtshof urteilte, dass eine verdunkelte Sonnenbrille und das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung keine Vermummung darstellen.

Wichtiger ist jedoch der subjektive Tatbestand der Strafbarkeit im Sinne des Artikels 16 des bayerischen Versammlungsgesetzes. Dieser fordert nämlich, dass der Angeschuldigte mit der Absicht gehandelt haben muss, sich zu vermummen, um damit seine Identität zu verschleiern. Hierfür fehlten jegliche Anzeichen.

An Rechtsbeugung grenzt es, wenn ohne nähere Begründung ein Vorsatz zur Verhüllung einfach behauptet wird, statt »in dubio pro reo« – im Zweifel für den Angeklagten – freizusprechen. Wir haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Unnötig zu erwähnen, dass es sich um eine maßnahmenkritische Demonstration handelte, sonst wäre das Urteil voraussichtlich anders ausgefallen.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf nichtohneuns.de oder demokratischer-kalender.de!

»Wir wählen die Freiheit«

Die deutsche Demokratiebewegung versammelt sich am 25. September wieder in Berlin.

Von Hendrik Sodenkamp

Die Demonstrationen hören erst auf, wenn das Corona-Regime beendet wurde. Am 25. September 2021, dem Samstag vor der Bundestagswahl, versammelt sich die Demokratiebewegung unter dem Motto »Wir sind Viele und wir wählen die Freiheit« in Berlin.

Startpunkt ist der Vorplatz des Bahnhofs Zoologischer Garten um 12 Uhr. Von dort beginnt pünktlich ein Umzug durch Berlin mit dem Ziel Ernst-Reuter-Platz. Eingeladen haben alle großen Berliner Initiativen gegen das verfassungsbrüchige Notstands-Regime.

Nach den rechtswidrigen Versammlungsverboten der Vergangenheit ist bei Redaktionsschluss noch nicht klar, ob die Versammlung im Rahmen der Anmeldung stattfinden kann. Die Organisatoren werden in jedem Fall über den Nachrichtendienst Telegram unter dem Gruppennamen *t.me/WirSindViele_Demo* am frühen Morgen des Samstags informieren, wann, wo und wie es losgeht.

Die Aktivistin Fiona Drehschlag sagte gegenüber dem DW in klarer Sprache: »Ich soll wählen, welches perverse Schwein bis in meine Blutbahn herrschen soll. Ich wähle aber das Ende dieses Regimes. Und das mache ich auf der Straße klar.«

Informationen finden Sie unter der Telegram-Adresse: *t.me/WirSindViele_Demo*

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

25.09.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Br. (Nähe Cafe Capri) - Sophienstr. 1b	Kundgebung – Immunität f. Demokratie, Freiheit u. soziale Sicherheit
25.09.2021 12-22 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Demotour – Wir sind viele
25.09.2021 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Aufzug - Freie Impfentscheidung, kein grüner Pass
25.09.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug u. Kundgebung - Gemeinsam friedlich f. Wahrheit und Freiheit!
25.09.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
25.09.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Für Frieden u. Freiheit durch Eigenverantwortung u. Selbstbestimmung
25.09.2021 13-16 Uhr	Hamburg, Reeperbahn	Autokorso für Grundrechte
25.09.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Parkplatz a. d. Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
25.09.2021 11-13 Uhr	Henstedt-Ulzburg, Am Bahnbogen / Höhe KFC	Anti-Corona-Schilderkette
25.09.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
25.09.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
25.09.2021 17-19:30 Uhr (jeden Sa)	München, Harras am Brunnen	UlliOma & Friends
25.09.2021 14-18 Uhr	Oldenburg, Waffenplatz	Kundgebung & Aufzug für Grundrechte
25.09.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz Am Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
26.09.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkorso für Grundrechte (bei Regen Autokorso TP: Viehmarkt)
26.09.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
27.09.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
27.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
27.09.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang - Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung
27.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
27.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
27.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
27.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
27.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
27.09.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
27.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte & Beendigung des Lockdowns
27.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Vor d. Rathaus - Bernauer Str. / Geigelsteinstr.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
27.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus - Burgstraße	Spaziergang – Das System muss weg
27.09.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
28.09.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz (weiter auf Mittelstreifen d. Schlossstr.)	Schilderaktion
28.09.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
29.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Hagen, Eilper Denkmal - Eilper Str. 41	Bürgertreff und Spaziergang
29.09.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
29.09.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
29.09.2021 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort siehe Online	Mittwochsumzug
29.09.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
30.09.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
30.09.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
30.09.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim - Pilgerstr. / Ecke Leinpfad	Mahnwache für Grundrechte
30.09.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
01.10.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Freiheitspicknick
01.10.2021 15-16 Uhr (jeden Fr)	Erfurt, Zw. MDR und Bundesgartenschau	Schilderprotest – Hände weg von unseren Kindern
01.10.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Ort siehe Online	Open Mic - Demokratie leben
03.10.2021 14-15:30 Uhr (jd. 1. So i. Mo.)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache für Julian Assange
09.10.2021 12-23:59 Uhr	Dresden, Hochschule f. Technik u. Wirtschaft - Friedrich-List-Platz 1	Studenten f. Präsenzlehre, Freiheit & Aufhebung d. C.–Maßnahmen
09.10.2021 14-18 Uhr	Nürnberg, Wöhrder Wiese (oder siehe Online)	Aufzug – Nürnberger Kodex: Die Menschenwürde bleibt unantastbar!
10.10.2021 10-23:59 Uhr	München, Ort siehe Online	Großdemonstration
01.11.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo – Wir müssen reden!

DER AKTUELLE KALENDER FÜR DIE VERFASSUNGSBEWEGUNG!

Schicken Sie jetzt Ihre Versammlungstermine an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* So stellen wir gemeinsam sicher, dass Menschen deutschlandweit zu den Veranstaltungen und Aktionen für das Grundgesetz kommen können. Niemand muss alleine bleiben, niemand wird zurückgelassen.

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

DEN BAYERISCHEN LANDTAG ABBERUFEN

14. - 27. OKTOBER 2021

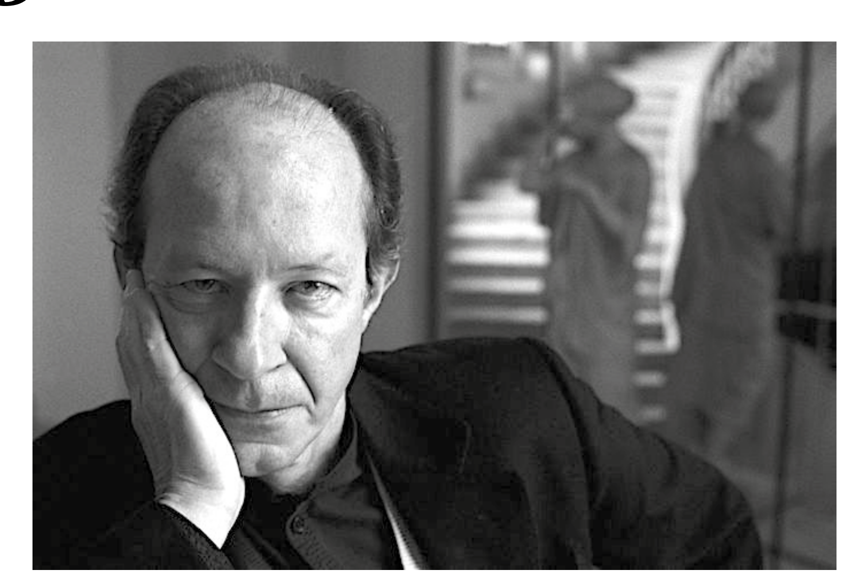
In allen Gemeinden können die Bürger im genannten Zeitraum in ihrem zuständigen Rathaus ihre Unterschrift leisten: Den Landtag und damit *Fake*-Ministerpräsident Söder absetzen. Die Bayern haben erstmals die Chance, gemeinsam der bayerischen Politik die Grenzen aufzuzeigen. (cst)

Nachricht von Co-Herausgeber Prof. Giorgio Agamben an uns

Italien ist (wie Deutschland) das politische Laboratorium des Westens. Hier werden die Strategien der dominanten Mächte in ihrer extremem Form und zuerst ausgearbeitet.

Italien ist (wie Deutschland) heute ein Land in menschlichen und politischen Trümmern, in dem eine erbarmungslose Tyrannei, zu allem entschlossen, sich mit einer Bevölkerungsmehrheit im Griff von pseudo-religiösem Terror verbunden hat, in der Bereitschaft, nicht nur alles zu opfern, was einmal verfassungsmäßige Freiheiten genannt worden war, sondern sogar jedwede Wärme in menschlichen Verbindungen.

Zu glauben, dass der Hygienepass eine Rückkehr zur Normalität bringen würde, ist wirklich naiv. Genauso, wie die dritte »Impfung« bereits eingesetzt wird, werden neue Maßnahmen eingesetzt werden, neue Notfallsituationen und Rote Zonen deklariert werden – und zwar solange, wie die Regierung und die Mächte urteilen, dass sie nützlich seien. Und es werden jene Unklugen sein, die dem gehorcht haben, die den Preis dafür zu bezahlen haben werden.



Angesehendster lebender Philosoph weltweit: Giorgio Agamben. Foto: quodlibet.it

Unter diesen Umständen – ohne auch nur ein einziges Mittel des direkten Widerstandes niederzulegen – ist es für die Dissidenten notwendig daran zu denken, so etwas wie eine Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft zu erschaffen, eine Gemeinde der Freunde und Nachbarn inmitten einer Gesellschaft der Feindseligkeit und Distanz. Die Formen dieser neuen Heimlichkeit, die so autonom wie nur möglich von den Institutionen sein muss, wird von Zeit zu Zeit überdacht und verändert werden müssen. Doch nur sie werden das menschliche Überleben garantieren in einer Welt, die sich – ob bewusst oder unbewusst – hingebungsvoll selbst zerstört.

Giorgio Agamben, 17. September 2021

STICHWORT DW-AKADEMIE | Die Corona-Konzernregierung hat mit dem Grundgesetz gebrochen, unsere Universitäten, Theater und Ausbildungsstätten zwangsgeschlossen und das zivilisierte Leben wie warmherzigen Umgang ruiniert. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand und ihr Umfeld gründen 2020/2021 die Akadamie für qualifizierte Verfassungsdemokratie (AquaVD). Seriöse Unterstüzungsangebote bitte an akademie@demokratischerwiderstand.de. Spenden, Zweck »Akademie« gern an den Unterstützerverein dieser Zeitung, K.D.W. e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

DISRUPTIVE REVOLUTION

Um die bevorstehende Finanzkrise bewältigen zu können, müssen wir auf Gemeinschaft, dezentrale Vernetzung und neue Digitaltechnologien setzen. | ANALYSE (Teil 1 von 2) von Burak Erbasi

Alle ökonomischen und sozialen Indikatoren deuten darauf hin: Der gesellschaftliche Kollaps steht kurz bevor und ist nicht mehr aufzuhalten. Er wird sämtliche Aspekte sowohl unseres Privatlebens als auch unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gänzlich neu definieren.

Man kann und darf es nicht schönreden: Das Ende ist nah und die Veränderungen der letzten anderthalb Jahre sind irreversibel. Die alte Normalität, so wie wir sie zu leben pflegten, kann nicht wiederhergestellt werden. Dieser müssen wir aber auch nicht nachtrauern. Ganz im Gegenteil: Wir befinden uns inmitten einer spannenden Transformationsphase, in der sich die gesellschaftlichen und weltanschaulichen Gegensätze krasser denn je zugespitzt haben. Die politischen Fronten zwischen autoritätsgläubigen Mitläufern und freiheitsliebenden Demokraten haben sich nun endgültig geklärt. Die meisten wissen nun, wo sie stehen und welche Werte sie verkörpern. Dadurch entstehen neue Chancen, die es zuvor nicht gegeben hat.

Der dystopische Überwachungskapitalismus einer perversen technokratischen Elite, die Gott spielt und bis in unser Erbgut hinein alles kontrollieren möchte, ist nicht alternativlos. Wir sehen nun viel klarer, dass es überall Menschen gibt, die ähnliche Ideale hochhalten und sich nach einem Leben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sehnen. Der größte Philosoph und Theoretiker des Ausnahmezustandes Giorgio Agamben (siehe oben) legt uns in seiner aktuellsten Ansprache nahe, damit anzufangen, eine neue Realität zu schaffen, eine Gesellschaft in der Gesellschaft zu etablieren. Wir haben bereits alle nötigen Mittel zur Verfügung, um für uns diese Oasen der Vernunft und Freiheit aufzubauen, die dann mit der Zeit aus diesen geschützten Räumen ihre Früchte nach außen tragen können.



Junge Demokraten haben die Faxen dicke vom Merkel-Lügenterror. Foto: H. Henkelmann

TATSACHEN SCHAFFEN

Eine wahrhaft neue Welt wird nicht dadurch entstehen, indem wir auf die alten Strukturen mit immerwährendem, ziellosen Widerstand reagieren. Auch nicht, wenn wir versuchen, diese krampfhaft mit Gewalt zu übernehmen oder mit Verbesserungen zu überarbeiten. Denn in der aktiven Auseinandersetzung mit dem Alten legitimieren wir unfreiwillig seine Existenz und verstärken paradoxerweise auch seine Wirkungskraft. Der Kunstgriff, die alten Machtstrukturen nachhaltig zu überwinden, besteht darin, neue Wirklichkeiten und Denkrahmen zu erschaffen und diese zugleich mit Leben zu füllen.

Die materiellen Verhältnisse beeinflussen die Art und Weise, wie wir miteinander wirtschaften und umgehen. Sie erzeugen die alltäglichen Sachzwänge, denen wir uns schlussendlich unterordnen müssen, um Teil der Gesellschaft zu sein oder gar, um überleben zu können. Deshalb ist es für uns Demokraten vonnöten, ein eigenes autarkes Ökosystem aufzubauen, das uns den Freiraum zum Gedeihen schafft. Was hindert uns heute daran, angesichts des bevorstehenden Kollapses, einfach mal neue Wege zu beschreiten und Tatsachen zu schaffen?

Im zweiten Teil werden ich auf die Möglichkeiten und Werkzeuge zur Gestaltung des freiheitlichen und gerechten Zusammenlebens in Zeiten des totalitären Wahnsinns eingehen.



Burak Erbasi ist studierter Bauingenieur und Chef vom Dienst in der DW-Redaktion.

»CHRISTEN IM WIDERSTAND« EIN WIDERSPRUCH IN SICH?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Dr. med. Günther Riedl

Christen sind doch brave Untertanen, oder? Sie befolgen Anordnungen – auch vorauseilend –, nehmen Einschränkungen der Religionsfreiheit hin und danken der Regierung für das, was übrigbleibt. Wir aber leisten Widerstand und berufen uns dabei auf die Bibel. Wie könnte man ohne sie noch verstehen, was jetzt in der Welt »abgeht«?

Es ist nicht zu leugnen: Der Teufel ist los. Dem widerstehen wir mit Gebet, durch Wahrheit und Gerechtigkeit, mit Gottes Wort als geistigem Schwert. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir die Machenschaften der Vollstrecker des Bösen aufdecken, zur Gerechtigkeit, dass wir Fakten verbreiten, zum Beispiel mit unserer Broschüre zur »Corona-Impfung«. Immer wieder wird uns Anmaßung vorgeworfen: Wir würden uns gleichsetzen mit der Bekennenden Kirche (BK) der 30er und 40er Jahre, die unter großen Gefahren Widerstand gegen das NS-Regime geleistet hat. Unsere Situation sei aber nicht vergleichbar mit damals.

Dass wir der geistig-geistlichen Erosion der 2020er Jahre entgegentreten, fände gewiss die Zustimmung jener tapferen Christen, mit denen wir uns keineswegs gleichstellen. Was mag Dietrich Bonhoeffer an Reaktionen bekommen haben, als er 1930 sagte, die zu beobachtende Entwicklung werde in ungeheuerlicher Barbarei enden? Gewiss wurde er bezichtigt, er sei einer Verschwörungstheorie aufgesessen. Aber er kannte seine Bibel und wusste die Zeichen der Zeit zu lesen. Wollen wir verglichen werden, dann nicht mit Dietrich Bonhoeffer von 1945, sondern von 1930. »Wehret den Anfängen!« Und wir sind sicher: Mit der faktischen Abschaffung der Grundrechte sind die Anfänge längst überschritten.

Als Christen sind wir nicht Untertanen, sondern Bürger, loyal zum Souverän – das ist das Volk. Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes erlaubt Widerstand, »wenn die verfassungsmäßige Ordnung aufgelöst wird« – und das ist geschehen! – »und anders nicht Abhilfe zu schaffen ist.« Darum leisten wir Widerstand, Seite an Seite mit allen Mutigen. »Christen im Widerstand« – das ist kein Widerspruch. Es gilt zu widersprechen und zu widerstehen! Weitere Informationen und die Broschüre zur »Impfung« finden Sie auf der Internetseite *christen-im-widerstand.de.*

Dr. Günther Riedl war bis in das Jahr 2020 als Kinderarzt in Uelzen tätig – 30 Jahre lang. Jetzt ist er praktizierender Christ im Widerstand.

»Angela Merkel kann ich mir gut auf Trip-Hop vorstellen«

oder »Play a sucker to catch a sucker«

Heute treffe ich David Gehring in Berlin. Er ist Student, DJ und Musikproduzent. Wir sprechen über Bücher, *Beats* und intellektuelle Bruchlandungen.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Ich bin DJ Antigen, 23 Jahre jung und Künstler aus der *sexy* Hauptstadt Berlin. Gelernt habe ich Musikproduktion und etwas Grafikdesign. Momentan produziere ich alle Inhalte für mein DJ Antigen-Projekt auf eigene Faust. Als Hobby.

Wie sieht Ihr Alltag aus?
Sport, Musik, Lernen. *That´s it.* Die Zeit seit März 2020 nutze ich aktiv, um mich weiterzubilden, um etwas Positives aus der Krise zu schöpfen. 100 Bücher im Jahr zu lesen, hat meine Sicht auf die Welt echt nachhaltig verändert. Viele investieren ja gerade in Materielles, wo ich hingegen lieber in mich selbst und mein *career capital* investiere, um später mein eigenes Unternehmen aufzubauen.

Wer hat Sie beeinflusst?
Das DJ Antigen Projekt wurde glasklar von dem absolut großartigen, letzten lebenden Superhelden inspiriert – Captain Future von der Erde! *Checkt* die *Spiegel*-Reportage über seine Person. Einfach herrlichstes *Framing*! Auch zu nennen wären unter anderem Gunnar Kaiser, Ketzer der Neuzeit und Gerald Hüther. Mich faszinieren die drei großen P´s – Psychologie, Philosophie, Politik – ob nun als Buch oder als *Podcast*. Erschreckend finde ich, was aus dem öffentlichen Debattenraum in Deutschland geworden ist und wie erwachsene Menschen sich instrumentalisieren lassen und jeden Scheiß mitmachen, ganz ohne Widerworte.



DJ Antigen betreibt den Youtube-Kanal youtube.com/DJAntigenius.
Foto: Hannes Henkelmann

Und literarisch? Noch ein Geheimtipp auf Lager?
Ganz klar: Robert Greene, Der Machiavelli des 21. Jahrhunderts. Mit seinem Buch: »*48 laws of power*« (deutsch: Die 48 Gesetze der Macht). Das hat es in sich! Eine Regel lautet bei ihm »*Play a sucker to catch a sucker; seem dumber than your mark*« (deutsch: Spiel den Deppen, um Deppen zu überlisten; Gib Dich dümmer als Deine Opfer). Da denkt man doch spontan an Karl und Annalena, oder!?

Als DJ vielleicht ein Wort zur Berliner Clubszene?
Die hiesige Clubszene war für mich als Ur-Berliner immer attraktiv. Heute sind viele Clubs zu Impf- oder Testzentren geworden, ergo bin ich krass enttäuscht von den Betreibern. Ich war dort viel als Gast oder aber auch als DJ unterwegs. Die meisten *Party-People* wirkten auf mich eher hedonistisch und apolitisch. Jedenfalls nicht besonders liberal-intellektuell. Aber ganz in klassisch linker Tradition wünsche ich mir, dass auch diese Leute langsam mal aufwachen und sich besser informieren, statt sich all den *bullshit* gefallen zu lassen, den die alten Säcke uns hier vorschreiben möchten. Von der Hiphop-Szene bin ich, wie der Rapper B-Lash, größtenteils enttäuscht. Die echte *counter culture* findet man längst ganz woanders.

Sie produzieren auch Songs für den Widerstand. Wie entstehen sie?
Zunächst überprüfe ich aktuelle Reden der Politiker auf logische Fehlschlüsse. Sei es nun auf Doppelmoral, Totschlagargumente, Suggestionen oder Umkehr der Beweispflicht et cetera. Politiker sind sich da für nichts zu schade. Und wenn ich eine intellektuelle Bruchlandung gefunden habe, die zudem noch *cool* klingt, baue ich sie in meine *Tracks* ein. Ich mache mir einen Spaß daraus, die Autorität der Politiker zu demontieren, indem ich ihre Aussagen isoliert wiederhole. Repetitiv, eingängig und absurd muss es am Ende sein. Das wirkt dann lächerlich, sie werden also indirekt verspottet. Aber ich habe kein Mitleid, denn im Grunde verspotten sie sich selbst mit ihren kruden Formulierungen.

Wer liefert am zuverlässigsten ab? Und bitte geben Sie uns zwei, drei Beispiele!
Ganz klar, Karl Lauterbach! Meine Favoriten von ihm: »Querdenker sind auch Menschen«. »Was exponentiell steigt, fällt auch exponentiell ab« und »Es gibt nicht viele Dinge, wo ich mich dramatisch korrigieren musste, aber statistisch gesehen, nicht allzu oft«.

Also haben Sie zuerst die Stilblüte und dann packen Sie den *Beat* drauf. Was passt denn beispielsweise zur Kanzlerin?
Mit ihrer lethargischen, hypnotisierenden Phrasierung kann ich mir die Angela gut auf Trip/Hiphop oder mit ganz vielen *Laser-Sounds* auf einem *House-Beat* vorstellen! So ein Ding haue ich demnächst raus, so viel kann ich schon mal verraten.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

WIR BRAUCHEN KRAFT

Ich bin eine 68-jährige, gläubige Bürgerin und Berlinerin, die ihre Stadt und ihr Land nicht mehr wiedererkennt!!! Man muss sehen, wie man das alles verarbeitet, ohne daran kaputt zu gehen ...
Ihnen weiterhin viel Kraft und Zivilcourage zum Wohle aller.
– Regina S.

GUTE MÄCHTE

Ich hoffe, dass es genügend Mächte gibt, welche dem satanisch Bösen Einhalt gebieten und es endgültig vernichten können. Dies zu unterstützen, wird auch weiterhin mein Bestreben sein. Ich danke euch für eure gute, aber auch gefährliche Arbeit und wünsche uns allen, bald ein freies, friedliches und kluges System aufbauen zu können. Weiterhin gutes Schaffen zu einem guten Zweck! – Hans S.R.

TOTGESCHWIEGEN

Wir lesen regelmäßig Ihre Zeitung und stimmen vollständig mit Ihnen überein, dass die Machenschaften unserer Regierung immer unerträglicher werden. Die Presse wird zensiert und unbequeme Wahrheiten werden unterdrückt. Wir sprechen hier von den fatalen Folgen dieser dubiosen Corona-Impfung. Unsere 48-jährige Tochter (bisher fit und gesund gewesen), erkrankte nach dieser Impfung an Leukämie und die Ärzte leugnen einen Zusammenhang mit derselbigen. Für ihre Kinder, deren Vater und den Rest der Familie ist die Welt zusammengebrochen. Fazit: Solche Fälle werden geleugnet oder totgeschwiegen, damit die ahnungslose Bevölkerung sich brav der rigorosen Impftyrannei unterzieht und den Drahtziehern nicht das lukrative Geschäft verdorben wird.
– Ingrid N. und Wolfgang S.

DIE WAHRHEIT

Vielen Dank für Ihre Zeitung. Endlich jemand, der die Wahrheit schreibt. Möge der Widerstand wachsen.
– Grüße aus Greifswald

ZEITLOSE WORTE

Noch sitzt ihr da oben
ihr feigen Gestalten.
Vom Feinde bezahlt
dem Volke zum Spott.
Doch einst wird wieder
Gerechtigkeit walten.
Dann richtet das Volk
dann gnade euch Gott.

Theodor Körner, vor über 200 Jahren

– H. Steffen R.

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 63. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und über 15 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abbringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.

Auf der Internetseite *demokratischerwiderstand.de* können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.

ABONNIEREN SIE FÜR EXKLUSIVE INHALTE UNSERE OFFIZIELLEN KANÄLE!

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

Endlich! Arbeiter stehen massiv gegen Corona-Faschismus auf

Die australischen Bauarbeiter machen es vor: Wer uns belügt, verrät und verkauft wie Vieh, kriegt es mit ganz traditionellem harten Arbeiterkampf zu tun. Der kann weh tun. | Bericht und Einschätzung von Johnny Rottweil



Straßen von Melbourne am 18. September 2021: Heldenhafte Arbeiter und Bürger durchbrechen Kordon der Konzernmilizen. Videostill: worldwidedemonstration

Australien ist mitten in der Revolution, angeführt von Bauarbeitern. In Italien demonstrierten 40.000 am vergangenen Sonntag bei der Gewerkschaftsdemo gegen den Corona-Faschismus in Florenz. In Deutschland ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), mitsamt der meisten Teilgewerkschaften längst unterwandert und auf Korporatismus gleichgeschaltet worden. Betrug, Verrat, Lüge – schlichtweg Nato-, Regierungs- und Konzernunterwerfung prägen den deutschen Saftladen. Aber es gibt auch hiesig Widerstand.

Wie fast überall unter Corona läuft exakt wie im historischen Faschismus letztlich ein Krieg gegen das Volk ab. Diesmal nur vom Fleck weg global kriegerisch ausgreifend. Die seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland sehr starke und erfolgreiche Gewerkschaftsbewegung wurde in der Fortführung der Tradition der Nazis ab den späten 1990er Jahren erst unbrauchbar gemacht und zuletzt neuerlich zur Korporatismusbehörde gemacht. Corona ist ein neuer präemptiver Krieg, diesmal direkt gegen die Menschen im Westen nach dem neuerlichen Zusammensturz des US-Repomarktes Ende 2019. Der Dritte Weltkrieg unter einer Losung, wie sie der global-marktradikale Ultra Joachim Gauck bereits 2016 abgesondert hatte: »Die Eliten sind nicht das Problem, das Volk ist das Problem.« Marie Antoinette lässt grüßen.

Am Beispiel der Deutschen Bahn wird die mutwillige Zerstörung der deutschen Wirtschaft ganz offensichtlich – insbesondere dort, wo sie einen gemeinnützigen Effekt hat. Betrieben wird diese Agenda seit 1999 insbesondere von SPD und Bündnisgrünen unter dem Applaus von CDU und FDP, im Land Berlin auch von der Partei Die Linke. Die »rot-rote« Koalition unter Klaus Wowereit hat sogar den Ausverkauf der Berliner Wohnungsbestände an kriminelle Investoren zu verantworten, die nun mühsam per Volksentscheid am kommenden Wochenende zurückgeholt werden sollen (siehe Seite 10).

TROTZ DIGITALISIERUNG IST ARBEIT BESTIMMENDER FAKTOR

Einer der wenigen unbeugsamen Gewerkschafter ist der deshalb unter den Arbeitern und Angestellten sehr beliebte Claus Weselsky von der Gewerkschaft der Lokomotivführer (Porträt in DW 61, Seite 10). Es gelingt Weselsky, Solidarität zwischen Schlüsselpositionen (Lokführer), Bord- und Betriebspersonal auf der Strecke bis hin zum einsamen »Outgesourceten« (das heißt, regulär aus dem Betriebsgefüge Entrechtete) Kaffeebecherverkäufer herzustellen: »Wir fahren alle im selben Zug!« Denn wenn das marode Management die Arbeiter unglücklich macht und sogar unterdrückt, muss eben auch mal ein Zug stillstehen. Das müssen wir als Fahrgäste hinnehmen. Dem Konzern bescheren wir als Kunden bei weitem ausreichende Gewinne, um auf Lohnforderungen einigermaßen zeitig einzugehen. Masken ab!

Die Aktionäre des teilverscherbelten Deutsche-Bahn-Komplexes sind deshalb schon ganz heiß darauf, die Lokführer abzuschaffen und nur noch computergesteuert zu fahren. Das Management hätte dann freie Bahn, auch die anderen Löhne zu drücken. Denn *Nerds* in Computerzimmern solidarisieren sich nicht mehr mit jenen auf der Schiene. Eine sogenannte »Gelbe Gewerkschaft«, eine Art Betrugsorganisation gegen die Arbeiter und Angestellten, hatten SPD und DB-Konzern in Form der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG bereits im Jahr 2010 gegründet – beziehungsweise aus Transnet und GDBA herbeifusioniert.

Dies einzig, um der GDL bildlich das Wasser abzugraben. Bei der »Transformation« von Transnet und GDBA wurde der Gewerkschaft die Anbindung an jene genommen, für die sie einzutreten hätte: Angestellte und Malocher. Also jene die – Digitalisierung hin, Pharma- und Nato-Putsch her – immer den wichtigsten Faktor der Zivilisation stellen: Die Arbeit. Es ist angesichts der Produktivitätszuwächse längst Zeit für radikale Arbeitszeitverkürzung, sinnvolle Verteilung der Arbeit, Einbindung aller und spürbare Lohnsteigerungen, ist gleich: Frieden, Freiheit, Wahrheit, Solidarität!

VÖLLIGES VERSAGEN DER »LINKEN« IN DEUTSCHLAND SEIT 23 JAHREN

Die systematische Unterwanderung und Pervertierung jener Parteien und Organisationen, die einmal dafür geschaffen wurden, für Lohnabhängige, prekäre Freiberufler, Tagelöhner, Angestellte, Arbeiter, Gewerbetreibende und den kleinen Mittelstand einzutreten – für die 99 Prozent der Gesellschaft – arbeiten am stärksten gegen sie. Dieser Effekt ist in Form der Neoliberalen Agenda seit 1999 in Deutschland überall zu beobachten.

In der BRD musste SPD-Finanzminister Oskar Lafontaine dafür aus der Regierung geputscht werden (mit Schützenhilfe aus England, dort titelte die *Yellow Press* verleumderisch, Lafontaine sei »der gefährlichste Mann Europas«). Der neoliberale Globalputsch formiert sich seit der Einsetzung des Pinochet-Regimes in Chile 1973 durch den Tiefen Staat der USA seither überall im Westen. Die Vorgehensweise: Linke Strukturen pervertieren nach dem Muster: Soziales zu Klima, Lohnforderungen zu Sexthemen, Hygiene zu Terror, Frieden zu Krieg.

⊕ weiter nächste Seite

MELDUNG

IMPFZWANG UND LOHNKÜRZUNG

Berlin/DW. Kein Lohn mehr für Ungeimpfte im Quarantäne-Knast, das ist der Beschluss einer Konferenz der Bundesgesundheitsminister von Bund und Länder vom 22. September 2021. Demnach sollen ab dem 1. November 2021 bundesweit Menschen keine Lohnfortzahlung mehr erhalten, wenn sie als sogenannte Kontaktpersonen gezwungenermaßen in Quarantäne gehen müssen und sich nicht die neuartigen Impfstoffe haben spritzen lassen. Zuvor hatten bereits einige Bundesländer die Lohnkürzung eingeführt. Seit der gesetzlichen Regelung der allgemeinen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im Jahr 1970 versuchen Konzerne diese rückgängig zu machen. Die Gewerkschaften Verdi und der DGB kritisieren die neue Regelung. Von Demonstrationen oder Streiks ist jedoch bemerkenswerterweise keine Rede. (hes)

EXPLOSION DER ROHSTOFFPREISE ERDGAS AUF REKORDHOCH

Berlin/DW. Die Preise für Gas haben sich seit Jahresbeginn verdreifacht und steigen weiter, dies meldete unter anderem das *Handelsblatt*. Dies führe neben absehbar beträchtlichen Steigerungen der Heizkosten auch bereits zu Schließungen von mehreren Düngemittelfabriken in Europa, was einen Mangel von Düngemitteln in Europa zur Folge habe, wie das landwirtschaftliche Fachmagazin *Agrar heute* meldete. Experten sehen in den hohen Energiepreisen einen weiteren Indikator für eine sich zuspitzende Inflation. Auch andere Rohstoffe und Zwischenprodukte haben sich in den Jahren 2020 und 2021 verknappt und verteuert. Die Inflation ist bereits jetzt auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren. (hes)

Fortsetzung. Aus Gewerkschaftsbeiträgen hochbezahlte Funktionäre verraten und verkaufen die Arbeiterschaft nun offensiv an Regierung und Konzerne. In Deutschland stehen für diesen faschistischen Korporatismus *Fake*-Gewerkschafter wie etwa Jörg Reichel, Bereichsleiter von DJU-Verdi im DGB in Berlin, der mit rund 5.500 Euro Monatseinkommen aus Gewerkschaftsbeiträgen plus Spesen und 13. Gehalt (Eigenangabe Reichel aus dem Jahr 2017) gut von uns Journalisten ernährt wird. Dazu kommen mutmaßlich weitere Einkünfte aus relevanten Quellen.

In Australien zogen nun am Sonntag, 19. September 2021, die australischen Bauarbeiter die für dieses Ende einzig notwendige Konsequenz. Zu Tausenden versammelten sie sich unangemeldet vor den Melbourner Regierungsgebäuden und schließlich auch vor der *Fake*-Gewerkschaftszentrale der MCFEU-Victoria. Die Bauarbeiter holten ihre Funktionäre aus dem Gebäude, stellten sie öffentlich zur Rede, schrieben ihre Meinung auf die Fassade ihres Gewerkschaftshauses und ließen sich auch nicht von der gewaltbereiten Konzernpolizei vertreiben, die die Gewerkschaftsfunktionäre herbeitelefoniert hatten. Die Situation eskalierte, die Funktionäre spritzten sogar Tränengas aus dem Fenster auf die Arbeiter. Dafür kassierten die Politfutzis gleich mal doppelt. Aber diesmal wie bei »Vier Fäuste gegen Rio« oder »They live«. Die Faust des australischen Arbeiters ist stark.

MCFEU-Gewerkschaftsboss John Setka versuchte sich im Anschluss herauszureden. Warum hilft er den Bauarbeitern beim Kampf gegen die Zwangsimpfung nicht? »Das Gesundheitsministerium hat doch die Impfschüsse ausgerufen!« Ja eben, eine Gewerkschaft ist dazu da, sich im Konfliktfall gegen die Regierung und die Konzerne zu stellen und auf die Seite der Arbeiter. Sie hat keinen anderen Zweck, als genau diesen. Die australischen Arbeiter sind da konsequent, die Gewerkschaftstradition ist jung und nicht vollends im Parteien- und Konzernkorporatismus verödet wie in der BRD.

AUSTRALISCHE ARBEITER REVOLUTIONÄR UND GEWALTBEREIT

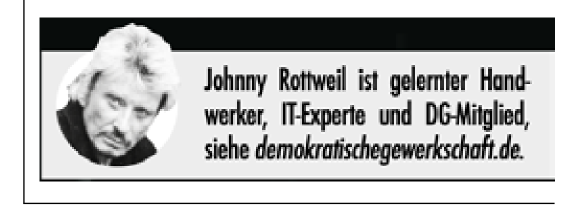
Immerhin werden laut MFCEU auf 73 Prozent der australischen Baustellen die menschenverachtenden Terror- und Segregationsmaßnahmen nicht eingehalten – dafür länger mal eine verdiente Pause gemacht. Zum Beispiel um faschistisch gleichgeschaltete Politiker, Gewerkschafter, Lügenpresse und Konzernbosse zu besuchen. Das Corona-Regime in Australien gilt sogar als noch schlimmer als jenes in Merkel-Deutschland. Nach diesen beiden Ländern kommt lange nichts. Dänemark, Schweden, Norwegen, die Niederlande, Polen, Tschechien, England und 33 US-Bundesstaaten tragen keine Maske, haben praktisch keine G-Maßnahmen oder die ganze Corona-Show insgesamt abgesagt. Fahren Sie mal über die Grenze (das geht mit Spucktest oder ganz ohne).

Während in Deutschland UN-Folterkommissar Nils Melzer gegen Kanzlerin Merkel und Berliner Bürgermeister Müller ermittelt, der vielbeschworene Corona-Ausschuss seine wichtigsten Ziele (Klagen und als Rechtsfonds agieren) nicht erfüllt, sondern wohl immer ein langes Internetvideo bleiben will, findet in Australien eine Revolution statt. Auf der Südhalbkugel ist derzeit Frühlingsbeginn. Den ganzen australischen Winter hindurch hat sich die australische Demokratiebewegung gestärkt, demonstriert, organisiert und Kampfkraft erlangt (siehe Seite 11). Die Australier sind aufgestanden und wollen den umfassenden Sieg, die volle Durchdemokratisierung ihres Landes und eine Verfassungsreform von unten.

Die Staatsregierung des Bundeslandes Victoria hatte vorgesehen, ungeimpfte Arbeiter völlig widerrechtlich von der Arbeit auszusperren. Dagegen richtete sich der massive und revolutionäre Protest – auch mit der dafür notwendigen, gegen die Verantwortlichen zielgerichteten, aber nicht ausufernden, Gewaltbereitschaft. Zeitgleich hatte die Demokratiebewegung das große Autobahnkreuz Melbournes gemeinsam mit den Lastwagenfahrern blockiert und war zu Zehntausenden zum Hygienespaziergang angetreten. Für die australischen Bauarbeiter folgt aus dem Melbourner Aufstand in der Elizabeth Street vom vergangenen Sonntag laut Bobby, ehemaliges Mitglied der MFCEU: »Ich bin aus dieser Lügengewerkschaft ausgetreten. Wir vertreten uns jetzt selbst. Wir haben schon einen neuen Verband. Wir wollen aber noch unsere Streikkasse abholen. Diese Typen können uns mal.« In Deutschland gibt es mit der DG, der Demokratischen Gewerkschaft (demokratischegewerkschaft.de), einen neuen Dachverband. Mit der FAU gibt es immerhin seit Längerem eine unabhängige Gewerkschaft, die sich auch für Tagelöhner und unregelmäßig Beschäftigte einsetzen will (fau.org).



Australier sind nicht allein: Millionen Brasilianer haben den Impf- und Maßnahmenterror besiegt – World Wide Demos fanden am 18. September 2021 in Rio de Janeiro und São Paulo statt. Foto: Markus Haintz



Johnny Rottweil ist gelernter Handwerker, IT-Experte und DG-Mitglied, siehe *demokratischegewerkschaft.de*.

Berliner Volksentscheid

Bürger der Hauptstadt möchten dem Mietwucher ein Ende bereiten. | Von Gerda Thiele

Am Sonntag, den 26. September 2021, ruft die Mieterinitiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« zum Volksentscheid auf. Dauerhaft bezahlbare Mieten, die nicht darauf ausgelegt sind, den Geldhunger profitorientierter Wohnungskonzerne zu stillen, sind das Ziel der Abstimmung.

Die mittlerweile astronomischen Mieterhöhungen durch Immobilienhaie wie Deutsche Wohnen, Vonovia und Co verdrängen zunehmend alteingesessene Berliner aus ihrem bisherigen Lebensraum. Nachdem politische Maßnahmen wie Mietbremse, Millieuschutz und der Mietendeckel nach und nach gescheitert sind, setzt sich nun die Bürgerinitiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« ein, um mit der Vergesellschaftung zwölf Prozent der Berliner Mietwohnungen der Spekulation zu entziehen.

Mit dem Volksentscheid, der am Sonntag parallel zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses und des Bundestags stattfinden wird, soll der Berliner Senat aufgefordert werden, ein Gesetz zu erlassen, auf dessen Grundlage alle Wohnungsbestände der Eigentümer mit über 3.000 Wohnungen im Berliner Raum vergesellschaftet werden können. Diese Wohnungen sollen dann in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) überführt und demokratisch verwaltet werden. Somit könnten bei mehr als 200.000 Wohnungen die Mietpreise auf die tatsächlich anfallenden Kosten reduziert werden, was sich auch positiv auf den Wohnungsmarkt insgesamt auswirken sollte.



Ob dies das Einverständnis der Nato findet?

Der »rot-rot-grüne« Senat in Berlin hat bereits angekündigt, den Volksentscheid nicht umzusetzen.

Der Volksentscheid ist angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden, mindestens aber 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten zustimmen. Ein aktives Mitglied der Initiative erklärte dem DW: »Je mehr Menschen am Sonntag mit einem Ja abstimmen, desto mehr Druck kann dann auf den Senat ausgeübt werden.« Außerdem wies er ausdrücklich darauf hin, dass ihre Forderungen gemäß Artikel 15 des Grundgesetzes völlig legitim seien. Dort heißt es, dass Grund und Boden zum Zweck der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden können.



Gerda Thiele hat kürzlich ihren Schulabschluss erlangt und ist nun Redaktionspraktikantin beim DW.

Fortsetzung vom Titel. Es gibt viele Formen des Widerstands und wir schöpfen sie alle aus. Gemeinsam gehen wir den juristischen, den parlamentarischen Weg und vor allem gehen wir den Weg des Straßenprotests und kehren damit zurück zur Ursprungsform der Demokratie, deren Formel genauso simpel wie genial ist: Ich, der Souverän meines Lebens, stelle mich mit meinem Körper und meiner Stimme auf die Straße und stehe für meine unveräußerlichen Grundrechte ein.

WELTWEITE DEMONSTRATIONEN

Der in Deutschland gegründeten Initiative *World Wide Demonstrations* ist es gelungen, die Demokratiebewegungen der einzelnen Länder zu vereinen und eine globale und dezentrale Organisationsstruktur aufzubauen. Angefangen mit der fast schon historischen Demonstration am 20. März 2021 in Kassel – ein Fest des Friedens und der Freiheit – finden jeden zweiten Monat an 180 Standorten in mehr als 45 Ländern Demonstrationen statt.

»Es freut mich sehr zu sehen, dass mittlerweile auch zahlreiche außereuropäische Länder Teil der Bewegung sind, etwa der Iran, Südafrika oder die Philippinen. Das ist eine positive Entwicklung«, sagt die Gründerin der *World Wide Demonstrations*, Sunny aus Kassel. Am 18. September 2021 fanden bereits zum vierten Mal weltweit Proteste statt und von Mal zu Mal werden es mehr. Diesmal waren es Millionen allein in Australien, den Niederlanden, Israel, Kanada, Italien – in rund 250 Städten weltweit.

Dass die Weltweitdemonstrationen gegen den Corona-Terror von den *Mainstream*-Medien geflissentlich totgeschwiegen werden, zeigt uns vor allem eins: Die Regierungen und ihre Handlanger aus Wirtschaft, Pharma und Presse fürchten die geballte Kraft der Völker. Denn sie wissen genau: Wir sind viele.

TRÄGER DER GRUNDRECHTE: DIE NATION

Zu den Meistern im Demonstrieren gehört sicherlich unser Nachbarland Frankreich. Das französische Volk, dessen Vorfahren einst für »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« einstanden und damit in die Geschichte eingingen,



Kein Hygienepass – keine Arbeit. Die Italiener wehren sich angesichts des angekündigten Impfzwangs bei der Arbeit. Am Wochenende demonstrierten rund 250 Städte weltweit. Foto: worldwidedemos



In Helsinki standen vergangenen Samstag mehrere Tausend Demokraten für ihre Grundrechte auf. Der Staatsfunk spielte die Teilnehmerzahlen später in altbekannter Weise herunter. Foto: worldwidedemos



Zur friedlichen Aktion »Stoppt die Fake-Pandemie« in Kooperation mit Querdenken-711 versammelten sich am 18. September 2021 in Kiew die Menschenmassen. Foto: worldwidedemos

organisieren seit der Einführung des Gesundheitspasses – dem schamlosen Legalisierungsversuch der Segregation »Ungeimpfter« – wöchentlich Massenproteste im ganzen Land. Viele Millionen fluten die Straßen. Zudem nutzen die Franzosen die Strategie des kreativen Streiks und picknicken in Massen einfach vor den Cafés und Restaurants, welche geimpfte, getestete oder genesene Personen einlassen, aber einfach nur Gesunden die Türen versperren. Auch am 18. September brannten die Leuchtfeuer der Demokratie in Frankreich hell. In zahlreichen Städten wurden Menschenketten gebildet. Welch stärkeres Symbol gegen die zunehmende gesellschaftlichen Spaltung könnte es geben?

Voller Kraft wehrt sich auch Kanada. »Die Kanadier haben eigentlich keine große Protestkultur. Umso überwältigter war ich darum, als ich vergangenen Samstag die Hunderttausenden auf den Straßen sah«, erzählt die Organisatorin der Gruppe *World Wide Demos* Kanada. Sie berichtet: »Angesichts des in zahlreichen Regionen eingeführten *Vax-Passes*, mit dem Ungeimpfte aus dem öffentlichen Leben verbannt werden, wächst der Protest kontinuierlich. Und glücklicherweise verlaufen die Demonstrationen friedlich. Die Polizeigewalt hat hier in Kanada nie so brutale Formen wie in Deutschland angenommen«.

AUSTRALIEN STEHT KONSEQUENT AUF

Weniger friedlich verlaufen derweil die Proteste in Australien, wo Zehntausende Bürger mit Transparenten mit der Aufschrift »*My body my choice*« (deutsch: Mein Körper, meine Wahl) regelmäßig gewaltbereiten Kampftruppen in Uniform gegenüber stehen. Doch auch dort gibt es Siegesszenen. Am 18. September gelang den Demonstranten in Melbourne ein spektakulärer Durchbruch durch eine Polizeikette. Die circa 30 Polizisten, die mit Pfefferspray versuchten, den Menschenmassen die Straße zu versperren, hatten keine Chance. Geeinter Volkswille ist stärker als jede unrechtmäßige Autorität.

Die *World Wide Demos* zeigen uns immer wieder: Ob in Frankreich, Kanada, Australien, Großbritannien, den Niederlanden, Italien, Deutschland, Südafrika, Indien, den Philippinen, Schweden, Dänemark, der Ukraine, Portugal, Kolumbien, Brasilien oder vielen anderen Ländern – mehr und mehr Menschen trauen sich, in Eigeninitiative aktiv zu werden und zu sagen: Liebe Politiker, die ihr meint uns gängeln zu können, wir haben euer Spiel durchschaut. Zensur heißt bei euch Faktencheck, Korruption Lobbyismus, Gehorsam Solidarität. Und wir spielen dieses Spiel nicht mit. Ihr führt einen Krieg gegen uns aber ihr könnt ihn nicht gewinnen.

Dieser Titeltext ist auf apolut.net unter dem Titel »Die weltweiten Demos vom Wochenende« als Lesung abrufbar.



Ronja Palmer studiert Sozial- und Kulturanthropologie und leitet das DW-Ressort International.

Neues aus Österreich

Das Regime greift Kinder und die Arbeiterklasse an. Widerstand regt sich auf der Straße, auf einer Konferenz und vielleicht auch bei Wahlen. | *Von Eric Angerer*

Der Impfdruck auf die österreichischen Kinder wird immer stärker, gegenwärtig ab den Zwölfjährigen in den Schulen, mit Oktober vermutlich schon ab den Fünfjährigen. Gleichzeitig demonstriert die schwarz-grüne Bundesregierung, wie sehr sie dem Großkapital verpflichtet ist: Arbeitssuchende, die sich weigern, sich für einen Job impfen zu lassen, verlieren nach einer neuen Verordnung ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld – und auch gleich noch die Mindestsicherung. Widerständige Arbeiter werden somit erpresst und bei Ungehorsam ins nackte Elend getrieben.

DER WIDERSTAND GEHT IN DIE BREITE

Nicht nur die Regierung ist aktiv. Auch im Widerstand regt sich einiges: Vor zwei Wochen fand in Wien die Zukunftskonferenz statt, ein substantieller und inhaltlicher Austausch des linken Widerstandsmilieus. Außerdem demonstrierte jetzt auch Spitalspersonal gegen die Impfagenda. Am 11. September 2021 waren in Wien wieder Tausende gegen das Regime auf der Straße, diesmal ohne größere Polizeirepressalien. Und zuletzt hyperventilierten die Regime-Medien, weil vor Schulen Flugblätter gegen die Impfung von Kindern verteilt wurden.

Spannend wird es am 26. September in der Widerstandshochburg Oberösterreich: Wie werden die beiden Parteien abschneiden, die sich offen gegen das Corona-Regime stellen? Einerseits die rechtspopulistische FPÖ, andererseits die neue Formation »Menschen – Freiheit – Grundrechte« (MFG), die laut Umfragen ebenfalls den Einzug in den Landtag schaffen könnte.

Wir bauen jetzt eine bessere Welt!

Duell, Triell, Quartell, Quintell: Der Rummel um die Bundestagswahl geht an der Mehrheit der Menschen und ihren Problemen glatt vorbei. Doch die Zukunft gestalten wir. | Ein Plädoyer von Hermann Ploppa

Geben wir unsere Stimme jetzt dem Glatzkopf mit Boxergesicht, oder dem Mädchen ohne Sachverstand oder dem Untersetzten, der beim Anblick von Katastrophen Witze reißt? Ist der Ein-Tages-Bart von Christian Lindner zu einem Dreitagebart angeschwollen? Hat die Frau da von der Linkspartei eine neue Brille auf? Wie heißt die eigentlich? Sind wir für Klima? Für Sicherheit? Für Freiheit? Wie wär's noch mit drei Gramm Verkehr? Der Wahlkampf macht so den Anschein, als sei im Großen und Ganzen alles in Ordnung in diesem Land. Nun ja. Ein paar Korrekturen hier und dort sind wohl notwendig. Aber, die da oben werden schon dafür sorgen, dass unsere Renten sicher sind, oder?

Man möchte immer anklopfen an die Scheibe vom Fernseher. In welcher Welt leben die Wahlkampfmatadoren? Merken die nicht, dass die Altenpfleger, Krankenpfleger, Stations- und Assistenzärzte aus dem letzten Loch pfeifen? Ein schales »Dankeschön« reicht da nicht. Dass psychische Störungen bis hin zu Selbstmordversuchen besonders bei Jugendlichen in den letzten anderthalb Jahren drastisch zugenommen haben? Und was ist mit den Corona-Impfungen? Ganz regierungsoffiziell sind vom Paul-Ehrlich-Institut bereits etwa 1.500 Menschen als Todesopfer durch Corona-Impfungen registriert, und mehr als 150.000 Menschen haben schwere Impfschäden davongetragen. Zugegeben, über 100 Millionen Impfdosen sind in Deutschland bislang verabreicht worden. Die allermeisten Geimpften haben zumindest bis jetzt noch keine großen Nebenwirkungen bemerkt. Na also.

Merken Sie, was man mit uns gemacht hat? Früher war für alle klar: Wenn auch nur ein einziger Mensch nach der Verimpfung eines nicht voll ausgereiften Vakzins gestorben wäre, dann wäre für alle klar gewesen, dass die Versuchsreihe sofort eingestellt werden muss. Zumal sich die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor dem Vorsorgeprinzip verpflichtet hat. Das heißt: Nachzuweisen ist für ein neues Medikament, dass es nicht schädlich ist. Und nicht etwa umgekehrt: nämlich dass die Öffentlichkeit nachweisen muss, dass ein Medikament schädlich ist.

DIE POLITMEDIALE KASTE SCHWEIGT SICH ÜBER CORONA-VERBRECHEN AUS

Doch diese Umwertung aller Werte konnte nur gelingen, weil Regierung, gekaufte Wissenschaft und eine zur puren Prostitution verkommene Presse Corona zu einer todbringenden Seuche hochgejubelt und eine Sondergenehmigung für mRNA-Impfstoffe durchgeboxt haben, die eigentlich nur für zu 100 Prozent tödliche Pandemien wie Ebola ihre Berechtigung hat. Die Tödlichkeit von Corona liegt aber im Promillebereich. Und jetzt müssen Krankenpfleger, Ärzte, Rettungssanitäter und Bestatter die tödlichen Folgen einer unausgereiften Impftechnologie ausbaden. Diese gruselige Realität kam im Wahlkampf jedoch nur einmal vor. Nämlich als Vizekanzler Olaf Scholz sich selber und fünfzig Millionen weitere Geimpfte spaßig als »Versuchskaninchen« zu titulieren wusste. Ansonsten schwebt dieser Bundestagswahlkampf in einer Parallelgalaxie zur greifbaren Wirklichkeit.

Die greifbare Wirklichkeit sieht jeder, der mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren muss und das besonders im Umfeld von Großstadtbahnhöfen. Heroinsüchtige und Rentner durchstöbern die Mülltonnen nach Leergut, das sie dann in Supermärkten einlösen, um sich was zu essen zu kaufen. Aus Osteuropa entführte Mädchen stehen an gewissen Straßen, nur mit dem Nötigsten bekleidet, und bieten das Bedeckte für ein paar Euro an, um ihren Sklavenhaltern einen neuen Sportflitzer zu finanzieren. Die Realität einsamer Kinder und Jugendlicher, die sich zuhause eingebunkert haben und spielesüchtig auf den Monitor starren, sieht man nicht. Unser Nachbarjunge sitzt nur noch vorm Computer, wird immer dikker und schreit manchmal fürchterlich herum. Ja, es ist verdammt viel faul in diesem Staate. Ich habe noch nie so viele erloschene Mitmenschen durch die Straßen schlurfen gesehen wie seit Corona. Seit Corona. Nicht mehr seit Christi Geburt. Sondern seit Corona Geburt.

DIE SOZIALSTAATEN WURDEN GEZIELT IN DEN RUIN GEFÜHRT

Doch die Corona-Kampagne ist ein Flaschenhals. Corona verdichtet, was seit etwa fünfzig Jahren schiefläuft. Die unersättliche Profitgier von Pharmakonzernen in der Impfkampagne macht den Wahnsinn des Kapitalismus für jeden sichtbar. Doch das ist nur die Engführung einer lange schon eingeleiteten Perversion. Das fing an mit der Öffnung der ganzen Welt für den Handel nach dem Zweiten Weltkrieg. Sehr schnell entstanden Globalkonzerne, die seit den 1970er Jahren schon mit ihrem Jahresumsatz das Bruttoinlandsprodukt vieler Nationalstaaten übertrafen. Gleichzeitig sind nationalistische Befreiungsbewegungen von Geheimdiensten zerschlagen worden. Der Einfluss von Nationalstaaten schwand immer mehr dahin. Superreiche Einzelpersonen und Konzerne kauften sich immer mehr Politiker und öffentliche Einrichtungen und sorgten nun dafür, dass der Nationalstaat sich





selber demontierte. Das Volksvermögen in Genossenschaften und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wird in die Pleite geführt und dann für einen Appel und ein Ei an private Investoren verhökert. Der rot-rote Senat von Berlin verscherbelte alleine etwa siebzigtausend öffentliche Wohnungen an so genannte Heuschrecken. Die Abwicklung der DDR beraubte die deutschen Steuerzahler um etwa 200 Milliarden D-Mark durch fadenscheinige Betrugsmanöver.

Seitdem wird immer mehr Gemeinbesitz des Deutschen Volkes von privaten »Investoren« geraubt. Die Aufsicht des Staates gegen kriminelle Strukturen existiert praktisch nicht mehr. Kriminelle Kartelle kontrollieren mittlerweile ganze Städte und Kommunen in Deutschland. Das wurde jüngst erst wieder deutlich, als die Staatsanwaltschaft Braunschweig Hausdurchsuchungen im Bundesfinanzministerium und im Justizministerium anordnete. Es geht darum, dass die Geldwäsche-Ermittlungsbehörde Financial Intelligence Unit (FIU) Verdachtsmeldungen von Banken wegen Geldwäsche nicht an die Kriminalpolizei weitergereicht hat. Das scheint politisch gewollt zu sein. Denn der frühere Finanzminister Schäuble verlegte die FIU vom zackigen Bundeskriminalamt zum behäbigen Zoll. Und so können Verbrecher jedes Jahr schätzungsweise 100 Milliarden Euro an Erträgen aus kriminellen Geschäften in Deutschland reinwaschen. Das spült Gewerbesteuer in die öffentlichen Kassen. Denn der geschröpfte Staat muss wiederum den Verlust von Steuereinnahmen in Höhe von ebenfalls 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht und Steuervermeidung ausgleichen.

STAATLICH GEFÖRDERTE AUSBEUTUNG DURCH DAS GLOBALE GROSSKAPITAL

Da Krankenhäuser und Pflegeheime zunehmend in private Hand überführt werden, herrscht auch dort mittlerweile gnadenlos das Profitprinzip, ausgedrückt zum Beispiel in der perversen Fallpauschale. Für jeden Patienten gibt es eine ganz bestimmte Menge Geld, und das Krankenhaus muss zusehen, wie es damit zurechtkommt. Für gesundheitliche Beratung bekommt der Arzt keine Vergütung. Nur mit Verschreibungen und Maßnahmen verdient der Medikus Geld.

Oder der Bereich Finanzen: Früher hatten wir in Deutschland Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Die sollten das Geld der Leute aus der Region verwalten und in der Region auch wieder nutzbar machen, durch Kredite oder durch Unterstützung der regionalen Infrastruktur. Diese Einrichtungen sind unterwandert oder sie werden torpediert durch Gesetze der Europäischen Union, die ihnen auf Dauer das Lebenslicht ausblasen. Dringend notwendige Vorhaben können nicht mehr durchgeführt werden, weil die Sparkassen schwächeln oder zweckentfremdet werden. Stattdessen übernehmen globale Konzerne und Heuschrecken ganze Regionen. Dadurch werden die Menschen vor Ort nicht nur Schritt für Schritt enteignet und entmündigt. Die Fläche verödet, wie jeder sehen kann. Zugleich verfügen kriminelle Geldwäscher und ihre korrupten Politiker über die Naturschätze der Region wie früher Feudalherren. Naturschutz? Was ist das? Da gibt es ausgewiesene Naturschutzgebiete wie den Dannenröder Forst. Unter fadenscheinigen Vorwänden werden Hunderte von Jahren alte Buchen und Eichen gefällt, unter Polizeischutz, der den Steuerzahler 31 Millionen Euro gekostet hat. Die Beton-Mafia setzt sich über alle Naturschutzgesetze locker hinweg und ruiniert Biotope im gesamten Bundesgebiet.

Doch das sind *Peanuts*, verglichen mit dem Aufkommen der Biotechnologie. Die Globalkonzerne sind mittlerweile so enthemmt und allmächtig, dass sie nichts weniger vorhaben, als die ganze Natur neu zu programmieren. Genmanipulierte Pflanzen sind nur der bekannteste Exzess. Was uns als »*New Green Deal*« verkauft wird, bedeutet in Wirklichkeit eine noch feinmaschigere Unterwerfung und Manipulation der Natur. Ein Teil dieser Biotechnologie ist auch die aktuelle Impfkampagne. Diese wurde schon seit langer Zeit angebahnt, und Biontech will mit Hilfe der Bundesregierung die mRNA-Technologie auf alle medizinischen Bereiche erweitern: auf Behandlung von Krebs zum Beispiel. In diesem Spiel ist die Bundesregierung nur ein ausführendes Organ.

DIE LISTE DER SKANDALE UND VERBRECHEN DER REGIERUNG IST LANG

Wir könnten beliebig fortfahren, die Perversionen der Politikerkaste anzuprangern. Wir könnten über den Betrug mit den FFP2-Masken des Hauses Spahn sprechen. Über die Lüge, Intensivstationen seien überlastet, während doch gleichzeitig die Anzahl der Betten in Intensivstationen kontinuierlich abgebaut wird. Über die systematische Zerrüttung der Deutschen Bahn durch skrupellose Automanager. Über das nicht enden wollende Leid der Autofahrer auf deutschen Straßen durch das Missmanagement der neu geschaffenen Autobahn GmbH. Von all diesen Dingen hört man seltsamerweise wenig bis nichts in den Wahlkampfdebatten. Während Biontech-Besitzer Uğur Şahin und seine Freundin, denen wir als Steuerzahler mal eben 375 Millionen Euro geschenkt haben, damit er seine hochprofitable Killersubstanz vermarkten kann, in einer *Talkshow* gefeiert wird, wissen die Menschen im Ahrtal nach wie vor nicht, wie sie den nächsten Winter überstehen sollen.

Eigentlich ist es doch am besten, die von den *Mainstream*-Medien hochgejubelten und aufgedunsenen Politik-Darsteller der Superreichen in ihre Filterblase einzuschweißen und endlich die Ärmel aufzukrempeln. Denn die Zivilgesellschaft, die Bürger draußen im Lande, haben ja längst erkannt, dass sie ihre Dinge selber regeln können und müssen, und dass die Laiendarsteller aus der Politik nur im Weg stehen. Im Ahrtal haben Bauern und Bauunternehmer das Heft selber in die Hand genommen und kompetent Probleme gelöst. Und so soll es in allen Bereichen sein. Befreien wir uns von dem parasitären Wasserkopf.
Was ist zu tun?

WIR FORDERN NICHT MEHR, SONDERN SETZEN ES EINFACH UM!

Es wäre nicht schlecht, wenn sich im nächsten Bundestag auch unkonventionelle Abgeordnete befinden, die ihren Kopf nicht nur dazu benutzen, dass es nicht zum Hals reinregnet. Es kann nicht schaden, wenn die gesellschaftliche Realität auch Eingang findet in das Hohe Haus. Zunächst einmal muss ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss rücksichtslos die Hintergründe der mörderischen und korrupten Corona-Kampagne aufdecken. Das muss zu einer konsequenten Bestrafung der Täter führen. Und wie sich aus meinen Darlegungen ergibt, stellen diese Corona-Exzesse den traurigen Höhepunkt einer jahrzehntelangen Fehlentwicklung dar.

Die Privatisierungen, weniger vornehm: Der Diebstahl öffentlichen Vermögens muss rückgängig gemacht werden. Das Volksvermögen gehört in Volkshand. Gemeinbesitz, besonders Genossenschaften und öffentlich-rechtliche Einrichtungen müssen ausgebaut werden. Erziehung und Bildung werden ebenfalls wieder nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit ausgerichtet. Universitäten sollen nicht länger um Drittmittel betteln, sondern solide Grundlagenforschung aus Steuermitteln finanziert bekommen. Die Wirtschaft wird wieder regional ausgerichtet. Das ist insofern auch notwendig, weil gerade jetzt weltweit eine Entkoppelung der Volkswirtschaften vom Globalmarkt stattfindet. Bargeld wird beibehalten, ausgebaut und durch Regionalgeld ergänzt. Die Erziehung unterstützt den Gemeinsinn und die Medien werden angehalten, ihre destruktive Propaganda zu beenden und endlich konstruktives Denken und Handeln zu befördern. Geld ist genug vorhanden für all diese Projekte. Dafür sorgt dann eine effizient und an der richtigen Stelle energisch durchgreifende Steuerbehörde. Und eine reformierte Geldwäschebehörde trocknet den kriminellen Sumpf konsequent aus. All das können integre Politiker jedoch nur erreichen im Zusammenwirken mit einer starken, kreativen Demokratiebewegung. Also, fangen wir an.

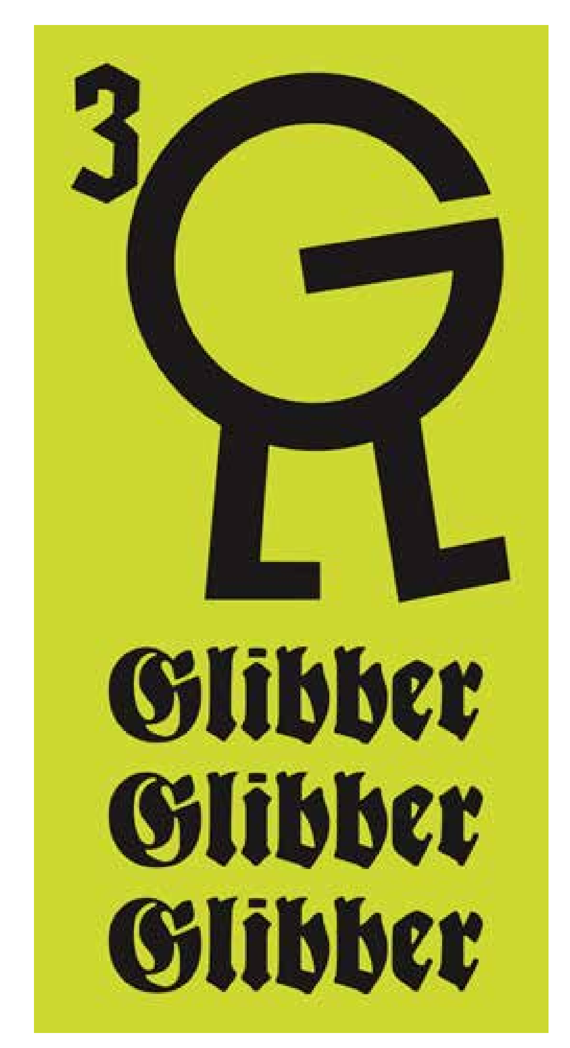
BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG!

Hermann Ploppa, Buchautor und Leiter des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung, kandidiert für den 20. Deutschen Bundestag – auf einem der Spitzenplätze der Landesliste Hessen der Partei Die Basis. Sollte die Partei die Fünfprozenthürde erreichen, zöge Ploppa in jedem Fall in den Bundestag ein.

Redaktion und Verlag legen insgesamt größten Wert darauf, partei- und konzernunabhängig zu agieren; sie sind basisdemokratisch und im Sinne der Verfassungsbewegung orientiert. Basisdemokratie lässt sich nicht durch einen Parteinamen einführen. Wir wünschen Ploppa und vielen Kollegen allerdings viel Erfolg. Diese Antrittsreden wollen wir hören und sehen! (ale)

»Hygienischer Gesinnungsschuppen«

Die Spielzeiteröffnung der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz wurde von Protesten gegen die 3G-Zugangsbeschränkungen begleitet. | INTERVIEW mit dem Beteiligten Harry Gelb



Programm der echten Volksbühne. Grafik: magazinredaktion.tk

DW: Sie haben mit anderen bei der Spielzeiteröffnung der Volksbühne gegen die 3G-Regeln beim Einlass demonstriert. Was haben Sie da genau gemacht?
Harry Gelb: Es schallte eine von uns gemachte ironische Durchsage über den Vorplatz, welche von der Theaterleitung sein sollte, begleitet von einem Mackie Messer-Drehorgelsound aus der Dreigroschenoper von Bertold Brecht. Flankiert wurde das Ganze mit dem Verkleben von Anti-3G-Stickern im Design des Theaters und dem Verteilen von zwei Flugblättern. Dazu muss gesagt werden, dass wir keine Aktivistengruppe sind, sondern ein diffuser Haufen, der sich an dem Tag dort getroffen hat.

Um was ging es in den Flugblättern?
Eines enthielt die inhaltliche Begründung der Aktion, mit dem Titel »Ihr müsst ins Theater«. Das andere, »Die Leugner-Testung«, nahm satirisch die paranoische Angst der Covidianer vor Abweichlern aufs Korn. Außerdem hatten wir noch eine rote Fahne und ein Transparent dabei, auf dem »Impft euch ins Knie!« zu lesen war. Dann gab es noch eine andere Aktion von uns unbekannten Leuten.

Was haben die gemacht?
Eine halbe Stunde vor Vorstellungsbeginn wurden vier der fünf vorderen Eingangstüren mit Fahrradschlössern blockiert. Bis diese nach kurzer Zeit wieder aufgeflext waren, galt für die Theateraufführung also quasi null G.

Warum haben sie sich gerade an die Volksbühne gewandt und nicht beispielsweise an die Deutsche Oper?
Die Volksbühne ist seit Langem eine der meistumkämpften Bühnen dieses Landes. Für das linksliberale *Establishment* hat dieses Haus eine hohe symbolische Bedeutung. Und genau diese *woke* Kulturklasse ist es, die das Corona-Regime praktisch und ideologisch maßgeblich trägt. Während sie also alle zu einer gefährlichen, weil medizinisch komplett sinnlosen, Impfung zwingen wollen, simulieren sie im Theater und anderswo eine fadenscheinige Normalität. Diese Heuchelei wollten wir ihnen in der direkten Konfrontation deutlich machen.

Es war auch so, dass die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Aktion selbst einem kommunistischen, anarchistischen oder linken Milieu angehörten. Es war somit auch ein wenig Linke gegen Linke. Genauso gut hätten wir uns aber auch vor jeden Impfbus stellen oder eine Wahlkampfveranstaltung stören können. Das machen zum Glück ja auch viele andere.

Warum sind Sie gegen die 3G-Regeln?
Menschen gehören nicht sortiert nach, in diesem Fall künstlich erzeugten, biologischen Kriterien. Ob 3, 2 oder 1G ist nicht der entscheidende Unterschied. Mittlerweile gibt es Arztpraxen, die nur noch Geimpfte reinlassen und es wird offen darüber spekuliert, irgendein G auch für Züge oder Supermärkte einzuführen. Wer seinen Körper nicht unmittelbar der Kontrolle der Regierung unterwirft, kann und wird potentiell noch stärker aus allen öffentlichen Bereichen ausgeschlossen werden. Ein Gutteil der Bevölkerung wird so faktisch zu Aussätzigen degradiert. Das ist krank und erfordert Widerspruch.

»DER EINGEBILDETE KRANKE« GEFORDERT

Es geht also um mehr, als um Theatertickets.
Die Zwangsimpfung als politisches Programm ist nur die aktuellste der Corona-Maßnahmen, welche allesamt abzulehnen sind. Was uns, nach der Erfahrung der vergangenen anderthalb Jahre noch alles droht, ist kaum abzuschätzen. Vielleicht sind die Covid-Maßnahmen nur eine Art Vorwäsche. Schwer vorstellbar jedenfalls, dass einfach alles wieder zurückgedreht wird, wobei ja auch die sogenannte alte Normalität, so sehr man sie sich zurückwünscht, auch nur ein beschissenes Leben zu bieten hatte.

Ihnen wurde Gewaltanwendung vorgeworfen. Was ist konkret passiert?
Wenn jetzt etwa der *Spiegel* über »gewalttätige Impfgegner« redet, sollte man wissen, dass alles sehr friedlich war. Ein paar von den Volksbühnenleuten haben uns bedrängt, es gab einen Wortwechsel, ein paar schwache Schubser von beiden Seiten. Eine Festnahme seitens der Polizei, das war wohl das Brutalste, hielt sich aber im üblichen Rahmen solcher Maßnahmen. Als wir uns vom Vorplatz entfernten, ging uns ein Mitarbeiter hinterher und denunzierte uns bei der Polizei. Daraufhin wurde er ein wenig geschubst, woraufhin er sich theatralisch auf den Rasen fallen ließ und übertrieben zu schreien begann. Jeder Anwesende konnte diese lächerliche Schauspielerei beobachten. Immerhin hatte er sich so schwer verletzt, dass er einige Minuten später wieder gut gelaunt direkt den Nächsten an die Polizei verpfeifen konnte. Ein aufrechter Linker, der weiß, wie man mit feigen Tricks unliebsame Elemente an die Staatsmacht ausliefert.

Welche Schritte sollte die Theaterleitung der Volksbühne jetzt einleiten?
Im Flugblatt haben wir dem neuen Intendanten René Pollesch geraten, eine 13-Stündige Inszenierung von Molieres »Eingebildetem Kranken« zu machen, in der neben Hitler, Göbbels und Mengele auch Merkel, Lauterbach und Drosten auftreten. In jedem postmodernen Theater darf man ja Hitler mit allem Möglichen in Verbindung bringen, wie zuletzt gesehen bei Rainald Goetz in Hamburg; dort sollte es der ehemalige US-Präsident George Bush junior sein.

Solange sie allerdings kein gescheites Theater zustande bringen, dazu noch am Einlass aussortieren und man drinnen diese olle Maske tragen muss, sollten sie den Laden dicht lassen. In der jetzigen Form sagen wir: Viel Spaß in eurem hygienischem Gesinnungsschuppen, ihr Zombies!

Welche Aktionen sind als nächstes geplant und wie können Interessierte Sie erreichen?
Erreichbar sind wir nicht, da es sich eher um eine Art *Flashmob* handelte. Das Material zu der Aktion kann aber unter *www.magazinredaktion.tk* abgerufen werden. Auf der Seite finden sich auch vergangene Interventionen und kritische Texte zum Corona-Regime dokumentiert. Ein Videozusammenschnitt der Aktion ist unter dem Titel »Irritationen wegen 3G-Regeln bei der Wiedereröffnung der Volksbühne unter René Pollesch, 16.09.2021« auf *Youtube* zu sehen. Ansonsten selbst irgendwas machen, wird höchste Zeit.

Harry Gelb antwortet hier unter Pseudonym. Er war Teilnehmer der Aktion und möchte aus Angst vor Repressionen nicht namentlich genannt werden. Er ist der Redaktion persönlich bekannt.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

POP POP



»99 Luftballons« gibt Nena nur dort zum Besten, wo 100 Prozent Toleranz herrscht!
Bild: Screenshot instagram: @nena_official

KEINE G-KONZERTE!

Nena bleibt standhaft und sagt ihre für das nächste Jahr angedachte Tour ab. Sie erklärte, dass sie nicht bereit sei aufzutreten, solange ihre Besucher nicht gleichberechtigt seien. Dies sei derzeit in Deutschland nicht möglich. Neben den üblichen Reaktionen gab es auf Instagram ein unerwartetes Schmankerl: Nenas Beitrag wurde von Rapper Samy Deluxe mit bejahenden *Emojis* kommentiert. Samy hatte bislang trotz kritischer Texte in der Vergangenheit zum Ausnahmezustand geschwiegen. (nir)



Minaj wirft Zweifel auf, wo es keine Zweifel geben darf! Unerhört!
Bilder: Bildquelle: wikipedia/tamtam7683, Screenshot Twitter

IMPF-BLASPHEMIE DER »QUEEN«

Die US-amerikanische Rapperin Nikki Minaj *tweetete*, dass es in ihrem Umfeld zu einem dramatischen Impfschaden gekommen sei. Über die Impfung selbst tätigte die als »Queen of Rap« bekannte Musikerin keine pauschale Aussage. Sie berichtete lediglich darüber, dass ihr Cousin aus Trinidad sich nicht impfen lassen wolle, da einer seiner Freunde durch die Impfung impotent geworden sei. Nun hätte dessen Frau die Hochzeit abgeblasen. Doch das reichte schon, dass sich der Zombie-Journalismus auf die Star-Rapperin stürzte und sie für ihre »frevelhaften« Äußerungen abstrafte. (nir)

DW-BESTSELLERLISTE

Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin

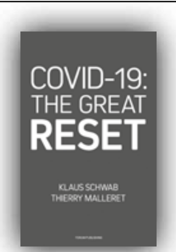


Ich bin nicht grün.
Ein Plädoyer für Freiheit
Nena Schink

Finanzbuch Verlag
ISBN: 978-3-95972-519-4

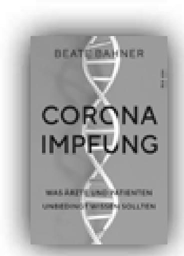


Nicht über unsere Köpfe.
Wie ein neues Wahlsystem die Demokratie retten kann
Erich Visotschnig
Oekom Verlag
ISBN: 978-3962380212



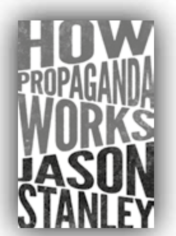
COVID-19: The Great Reset.
Klaus Schwab, Thierry Malleret

Forum Publishing
ISBN: 978-2-940631-12-4



Corona-Impfung.
Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten
Beate Bahner

Rubikon
ISBN: 979-8475185445



How propaganda works.
Jason Stanley

Princeton University Press
ISBN: 978-0691173429



Und die Freiheit?
Wie die Coronapolitik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere Gesellschaft bedrohen
Christoph Lütge
Riva Verlag
ISBN: 978-3742319098



Chronik einer angekündigten Krise.
Wie ein Virus die Welt verändern konnte

Paul Schreyer
Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-316-2



Die Bewusstseins-Manager.
Medienindustrie der USA, Struktur und Einfluss
Herbert I. Schiller

Carl Hanser Verlag
ISBN: 3446122656



Die Schock-Strategie.
Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus
Naomi Klein

Hoffmann und Campe Verlag
ISBN: 978-3455010770



Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst.
Albrecht Müller

Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-218-9



Film fahren mit Menschenrecht?

Kriegstreiber wegen vermeintlicher »Massenvernichtungswaffen« (Ex-US-Außenminister Colin Powell, Irakkrieg, r.) oder »wegen Auschwitz« (Ex-BRD-Außenminister Joseph Fischer, Belgrad-Bombardement, l.) – hier bei einem Treffen 2005. *Foto: Wikicommons/ gemeinfrei*

Ohne Uns!

Das *Human Rights Filmfestival* fingiert einen ehrenhaften Kampf für Gerechtigkeit und ist in Wahrheit doch unverhohlener Spott an die Menschenrechte. | Von Jill Sandjaja

Vom 16. bis 25. September findet das Menschenrechtsfilmfest mit dem Motto »The art of change« in Berlin statt.

Das Wechselfestival wird von den Kapitalgesellschaften »Aktion gegen Hunger« und »Save the Children« organisiert. Sie betreuen über 40 Dokumentarfilme aus der ganzen Welt mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten: Gerechtigkeitskämpfe, Klimakrise und Umwelt, *Gender Equality* und Meinungsfreiheit.



Jill Sandjaja ist Architektin, Musikerin und DW-Illustratorin. Sie sagt: »Ich habe auf Rock'n'Roll geschworen.«

»Meinungsfreiheit und Pressefreiheit sind Grundpfeiler der Demokratie« – so lautet ein Zitat aus dem Internetauftritt des Festivals. Leider wird die weltweite Demokratiebewegung komplett von der Filmauswahl ausgeklammert. Wer sich dennoch zum Beispiel einen Film über die *Black-Lives-Matter*-Bewegung in Chicago und ihre jungen queer-feministischen Anführerinnen oder das Dokumentarfilmdebütdebakel der staatskonformen Zicke Katja Riemann über Flüchtlinge in Moria ansehen möchte, kann den Mist entweder im Netz *streamen* oder sich einen Impfpass besorgen.

Natürlich sind die Filme, die gezeigt werden, wichtig. Vielleicht wäre es aber beispielsweise wichtiger, aufzuzeigen, wie es dazu kommen konnte, dass knapp 820 Millionen Menschen an Hunger leiden – Tendenz steigend, seit den Corona-Maßnahmen. Hunger ist kein Virus. Hunger ist einfacher zu behandeln. Wo sind denn da die Maßnahmen? Wo der Aufschrei? Jedenfalls nicht bei einem heuchlerischen Filmfestival.



SPORT MIT BERTHOLD

FANS SOLLTEN SICH IN ALLEN LIGEN VERNETZEN

Bundesligavereine üben sich »in 2G oder 3G«. Dürfen die Kinder nun ins Stadion oder nicht? Es ist wie immer sehr nett, an die Kinder zu denken, die nun wirklich schon genug gequält worden sind und sogar von ihren Bolzplätzen ferngehalten werden sollten.

Nun geht es darum, wer noch ins Stadion darf. Dies, nachdem die Fußballeuropameisterschaft in Ländern wie Ungarn und Dänemark völlig problemlos bei vollen Stadien und bester Stimmung ausgetragen werden konnte. Deutschland hinkt hinterher und unsere Regierung will uns offenbar immer noch einen reindrücken.

Als Gegenbeispiel möchte hier mal die Ultras von Eintracht Frankfurt loben. Bei der Eintracht haben sich 10.000 Fans solidarisch erklärt. Entweder alle – oder keiner. Keine Spaltung durch irgendwelche unsinnigen Regeln. *Chapeau* vor dieser Haltung. Die Fans sollten sich in allen Ligen vernetzen und der DFL, dem DFB und den Vereinen zeigen, dass sie als Fan (und Kunde) ernstgenommen werden müssen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

samte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

FREIHEITLICHE DEMOKRATIE MUSS ENDLICH DAS LEBENSELEMENT UNSERER GESELLSCHAFT WERDEN.
GUSTAV HEINEMANN

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 63. Ausgabe ab Samstag, 25. September 2021. | Redaktionsschluss war am 23. September, 7:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Björn Gschwendtner, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer, Gerda Thiele. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 64 erscheint am 2. Oktober 2021.